DIE VERWALTUNGSARBEIT IN DEN BEZIRKEN.

Die Verwaltung in den Bezirken besonders hervorzuheben, mag nach der ausführlichen Darstellung der städtischen Verwaltung in den vorhergegangenen Kapiteln als überflüssig erscheinen. Die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung, die in den einzelnen Abschnitten dieses Verwaltungsberichtes dargestellt worden sind, haben sich naturgemäß über das gesamte Stadtgebiet, das in 26 Gemeindebezirke gegliedert ist, verteilt. Eine Reihe zentraler Verwaltungsstellen unterhält Außenstellen in den Bezirken wie z. B. das Gesundheitsamt Bezirksgesundheitsämter, das Jugendamt Bezirksjugendämter, das Marktamt Marktamtsabteilungen usw.; im übrigen sind die Bezirksvorstehungen und die magistratischen Bezirksämter mit der Durchführung der Verwaltungsaufgaben in den Bezirken betraut. Soweit in den vorhergehenden Sachkapiteln die in den Bezirken geleistete Arbeit bereits erwähnt wurde, soll das dort Gesagte nicht noch einmal, diesmal unter dem Gesichtspunkt der Bezirksverwaltung beschrieben werden. Doch haben sich in den vergangenen Jahren mancherlei Ereignisse in der Bezirksverwaltung abgespielt, die es verdienen, besonders hervorgehoben zu werden.

Als die nationalsozialistische Herrschaft im April 1945 zusammenbrach, lag das Schwergewicht der städtischen Verwaltung zunächst bei den von den sowjetischen Ortskommandanten eingesetzten Bezirksbürgermeistern. Diese waren in erster Linie der Besatzungsbehörde gegenüber verantwortlich und übten die ihnen übertragenen Verwaltungsbefugnisse aus. Inmitten eines kaum übersehbaren Chaos waren die Bezirksbürgermeister die ersten Organe der öffentlichen Ordnung, die den weitverbreiteten egoistischen Bestrebungen wieder das allgemeine Interesse entgegensetzten.

Die ersten Amtshandlungen der Bezirksverwaltung trugen mehr oder weniger den Charakter von Improvisationen. Solange eine zentrale Stadtverwaltung nicht wirksam war, mußten Verfügungen mit Umgehung der Kompetenzfragen allein dem Gebote der augenblicklichen Lage entsprechend getroffen werden und es war eine Frage des Taktes, der Verhandlungsgeschicklichkeit und des Einfühlungsvermögens, den Anforderungen der notleidenden, verängstigten, zum Teil aber auch aufgeregten Menschen gerecht zu werden. Ungefähr ab Juli 1945, nachdem inzwischen die Verbindung mit den Zentralstellen und Fachabteilungen im Rathaus aufgenommen werden konnte und die Gesetzgebung der provisorischen Staatsregierung einigermaßen Klarheit über die Grundsätze der Rechtsanwendung gegeben hatte, sind die ersten Ansätze einer geregelten Verwaltungstätigkeit sichtbar geworden.

Die Magistratsdirektion gab für die einheitliche Amtsführung der Bezirksämter Weisungen aus. Die neueingeführten Bezirksamtsleiterkonferenzen, die monatlich abgehalten werden, trugen wesentlich zu einer geordneten und

gleichartigen Gebarung der Bezirksverwaltung bei. Die Kompetenzen von Bezirksamt und Bezirksvorstehung wurden im Sinne der Stadtverfassung abgegrenzt.

Gegenüber der Praxis des freien Ermessens der Bezirksbürgermeister wurde von den magistratischen Bezirksämtern immer stärker das Legalitätsprinzip unter Berufung auf die geltenden Gesetze hervorgekehrt. Zunächst handelte es sich darum, die magistratischen Bezirksämter selbst gesetzlich zu fundieren. In dem Gesetz vom 10. Juli 1945, über das neuerliche Wirksamwerden der Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 (Wiener Verfassungsüberleitungsgesetz), St. G. Bl. Nr. 67/1945, wurde im § 9 festgelegt, daß die Verwaltung im selbständigen und staatlichen Wirkungskreis vom Bürgermeister mit dem Magistrat und den magistratischen Bezirksämtern ausgeübt wird. In der Verfassung der Stadt Wien vom Jahre 1931 sind in den §§ 112 und 113 die Zuständigkeiten der magistratischen Bezirksämter verankert. Darin heißt es: „In den Bezirken bestehen magistratische Bezirksämter, welche die nach der Geschäftseinteilung des Magistrates der dezentralisierten Behandlung zugewiesenen Angelegenheiten selbständig im Namen des Bürgermeisters, bzw. des Magistrates und unter deren Überwachung besorgen. Erforderlichenfalls können für bestimmte räumlich abliegende Bezirksteile einzelne Beamte mit besonderen Vollmachten exponiert werden. An der Spitze der Bezirksämter stehen rechtskundige Beamte des Magistrats, denen das nach den Verhältnissen des Bezirkes erforderliche Personal beigegeben ist. Ausnahmsweise kann der Stadtsenat als Landesregierung ein magistratisches Bezirksamt für zwei benachbarte Bezirke aufstellen . . ."

§ 113 besagt: „Das magistratische Bezirksamt untersteht unmittelbar dem Magistrat . . .". In Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung steht den Bundesministerien das Recht zu, innerhalb ihres gesetzlichen Wirkungsbereiches dem magistratischen Bezirksamt unmittelbar Weisungen zu erteilen und Auskünfte von ihm zu begehren.

Die Bedeutung der Wiener Bezirksämter liegt unabhängig von der instanzenmäßigen oder ressortmäßigen Geschäftseinteilung der Gemeindeverwaltung auf jenen Gebieten der Verwaltung, die einen Massenandrang des Publikums mit sich bringen oder die die Bewältigung eines großen stoßweisen Arbeitsanfalles erfordern.

Bedeutende Arbeit verursachten die Ausstellung von Bescheinigungen für Reisen über die Demarkationslinie, von solchen für Geldabhebungen nach dem Schillinggesetz, die Entgegennahme der Anmeldungen entzogener Vermögenschaften und in der amerikanischen Zone die Anmeldungen über Schadenersatzansprüche gegen die Besatzungsmacht. Dazu kamen außerordentliche Arbeiten für die Besatzungsmächte, die besonders zu Anfang der Besetzung unzählige Aufstellungen und statistische Auskünfte aus allen Gebieten des täglichen Lebens verlangten. Daneben fanden Wohnungsbegehungen zur Erfassung des unausgenützten Wohnraumes statt, große Erhebungen über den Viehstand, über die Bodenbenutzung der landwirtschaftlichen- und Gärtnereibetriebe. Eine einmalige, aber sehr umfangreiche Arbeit ergab sich nach dem Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes vom Jahre 1947 bei der Ausstellung von gemeindeamtlichen Bestätigungen zur Belegung von Rückbuchungsansuchen an das Finanzamt.

Die Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes 1947, das die Unterscheidung der Nationalsozialisten in belastete und minderbelastete Personen

einführte, lösten in der Bezirksverwaltung eine Reihe neuer und umfangreicher Arbeiten aus. In der Praxis erwies es sich als äußerst schwierig, zwischen den in gewisse Stellungen der ehemaligen NSDAP berufenen provisorischen oder kommissarischen und den nur mit der Vertretung beauftragten Funktionären zu unterscheiden. Es war auch nicht leicht festzustellen, ob eine Person eine Bestätigung oder Mitgliedskarte erhalten hatte, ein Umstand, der aber vom Gesetz als erheblich für die Eigenschaft als Anwärter oder Mitglied der NSDAP angesehen wurde. Diese so schwer beweisbaren Dinge haben das Verfahren sehr umständlich gestaltet.

Durch das Nationalsozialistengesetz wurde die Ordnung der Instanzen geändert. Die Einspruchskommission, in der bis dahin der Bezirksamtsleiter oder sein Stellvertreter den Vorsitz führte, wurde aus dem Bereich des magistratischen Bezirksamtes losgelöst. Die magistratischen Bezirksämter als Registrierungsbehörden versahen die Verwaltungsgeschäfte der 1. Instanz, während die davon unabhängigen Einspruchskommissionen die Funktion einer 2. Instanz bekamen.

Das Nationalsozialistengesetz wirkte sich auch im Gewerberecht aus. Gewerbeberechtigungen, die Personen erteilt worden waren, die nach dem Verbotsgesetz 1947 als belastet galten, wurden mittels Feststellungsbescheid als erloschen erklärt, wenn der Betriebsumfang des Gewerbes die im § 18, lit. d, angegebene Größe überschritt. Minderbelastete waren gemäß § 19 von der Führung eines Unternehmens bis 30. April 1950 auszuschließen, wenn das Unternehmen über den Umfang eines Mittelbetriebes hinausging.

Ein anderes Gesetz, das die Arbeit der Bezirksämter berührte, war das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 183, über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich. Die neue Fassung des Opferfürsorgegesetzes brachte neue Bestimmungen für einige bisher nicht geklärte Fragen, was die praktische Handhabung durch die Verwaltungsbehörden erleichterte. Die Aktenerledigung sowie die Ausfertigung der Opferausweise nach § 4 konnten dadurch beschleunigt werden.

Die neuen gesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiete des Ernährungswesens im Jahre 1947 wie die Kontingentierungsverordnung, das landwirtschaftliche Aufbringungsgesetz, das Anbaugesetz, das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz sowie das Landesgesetz über die Bildung der Bezirksaufbringungsausschüsse eröffneten sowohl den Bezirksämtern als auch den Bezirksvorstehern außerhalb des geschlossenen Stadtgebietes ein neues Tätigkeitsfeld.

Jedes Jahr im Oktober führen die magistratischen Bezirksämter die Personenstands- und Betriebsaufnahme durch. Damit in Verbindung sind Urlisten für die Erfassung der Steuerpflicht sowie Lohnsteuerkarten auszufertigen. Als einmalige Aktion wurde im Mai 1947 eine Erhebung über das unbewegliche Eigentum der in Wien wohnenden Reichsdeutschen und Volksdeutschen innerhalb eines kurzen Zeitraumes durchgeführt.

Im Jahre 1947 wurden bei den Bezirksvorstehungen Kriegsgefangenenkommissionen eingerichtet, die eine Sammelaktion für die Heimkehrer durchführten und den Empfang der heimkehrenden Kriegsgefangenen in besonderer Weise organisierten. Siehe auch den Abschnitt „Bezirksvorsteher“ auf Seite 39 f.)

Die folgenden Berichte aus der Tätigkeit der Bezirksvorstehungen und magistratischen Bezirksämter sollen einen Einblick in die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke geben, der aus einer nach Sachgebieten ge-

gliederten Darstellung der Verwaltungstätigkeit nicht ohneweiters entnommen werden kann.

1. Bezirk.

Beim Einmarsch der Roten Armee wurde Theodor *Köppl* zum Bezirksbürgermeister eingesetzt. Im Verein mit einigen beherzten Männern und Frauen des Bezirkes übernahm er die schwierige Aufgabe ein kaum zu übersehendes Chaos zu bannen. Zu allererst waren die zahlreichen Brände, die in den einzelnen Häusern und Häuserblocks wüteten, nahezu ohne jede Hilfe einer Feuerwehr zu bekämpfen. Straßen, Gassen und Plätze mußten von Barrikaden, Schutt und Müll gesäubert und zumindest einigermaßen wieder in Ordnung gebracht werden. Den häufigen Plünderungen von Geschäften und Wohnungen durch unverantwortliche in- und ausländische Elemente mußte Einhalt geboten werden. Eine Unmenge von Besprechungen mit der Besatzungsmacht war notwendig, um Übergriffe abzustellen und allmählich wieder Ordnung in das öffentliche Leben zu bringen.

Ein eigenes Referat befaßte sich damit, alle Arbeitskräfte, die in ihrem Betriebe nicht oder nicht voll ausgenützt wurden, für öffentliche Arbeiten heranzuziehen. In Betrieben, deren Inhaber geflüchtet waren, wurden provisorische Leiter, kommissarische Verwalter, Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte unter Mitwirkung des Bezirksbürgermeisters bestellt. Ein eigenes Problem bildeten die Wohnungsbeschlagnahmen. Die Bezirksvorstehung hat unmittelbar nach dem Kriege in 20 Wohnungen besonders Bedürftige eingewiesen, daneben wurden 478 Wohnungen durch Polizeiorgane, Feuerwehr und durch die Widerstandsbewegung vergeben.

Einer Parteienvereinbarung entsprechend wurde am 13. August 1945 Fritz *Schukeld* (SPÖ) zum provisorischen Bezirksvorsteher, Theodor *Köppl* (KPÖ) zum ersten und August *Altmutter* (ÖVP) zum zweiten provisorischen Bezirksvorsteher-Stellvertreter bestellt. Im Oktober 1945 übernahm Adolf *Planek* (SPÖ) das Amt des provisorischen Bezirksvorstehers. Nach den Wahlen vom November 1945 wurde August *Altmutter* (ÖVP) zum Bezirksvorsteher und Rudolf *Zehetbauer* (SPÖ) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter bestellt. Unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers traten Kommissionen für Bauwesen, Preisüberwachung und für Kriegsgefangene zusammen. Die Kriegsgefangenenkommission beteilte die Heimkehrer mit einer einmaligen Aushilfe von je S 80.— und mit fallweisen Zuwendungen. An Spenden für die Heimkehrerbetreuung wurden im Jahre 1947 S 84.223.— eingebracht. Aus diesen Mitteln erhielten 143 Heimkehrer Geldunterstützungen und 31 Heimkehrern wurde ein Landaufenthalt ermöglicht. Im 1. Bezirk bestehen eine Heimkehrerunterkunft und sechs Ausländerlager, die eine besondere Betreuung durch den Gesundheitsdienst notwendig machten.

Wöchentlich einmal wurde der Bezirksvorsteher zu einer Aussprache mit dem Kommandanten der Alliierten eingeladen. Die Bezirksvorstehung hat bei den Kommandanten aller vier Besatzungsmächte stets Verständnis und Hilfe für ihre Sorgen gefunden. Vor allem haben die amerikanischen und englischen Besatzungsbehörden die Bezirksvorstehung bei der Beseitigung der Schuttmassen unterstützt, indem sie ihr Lastkraftwagen, Bagger und Bulldoggs zur Verfügung stellten.

Schwieriger war der Amtsverkehr des Magistratischen Bezirksamtes mit dem Interalliierten Entnazifizierungsbüro. Die Entnazifizierung des Beamtenkörpers des 1. Bezirkes mußte, zum Unterschied von anderen Bezirken, unter

Mitwirkung aller vier Besatzungsbehörden erfolgen. Ein großes Arbeitsfeld erwuchs dem Gewerbereferat des Bezirksamtes. Der 1. Bezirk ist das Geschäftszentrum der Stadt und viele Firmen der Bundesländer haben hier ihr Zentralbüro. Die Entnazifizierung der gewerblichen Wirtschaft nach den Bestimmungen des Verbotsgesetzes hatte für diesen Bezirk eine besondere Arbeitsbelastung zur Folge.

2. *Bezirk.*

Knapp vor der Besetzung des 2. Bezirkes war das Amtsgebäude 2., Karmelitergasse 9, vermutlich durch Artilleriebeschuß beschädigt worden. Zerstört wurden dabei 5 Zimmer, das Glasdach im Stiegenhaus und sämtliche Fenster, das Dach, die elektrische Leitung und zum Teil die Wasserleitungsanlagen.

Von den Sowjetbehörden wurde nach ihrem Einzug in den 2. Bezirk Hermann *Wiesner* als Bezirksbürgermeister eingesetzt. Ihm stand ein Stab von ehrenamtlichen Mitarbeitern zur Seite: eine Kanzlei mit 4 Dolmetschern, ein Fürsorgeamt mit 10 Personen, eine Materialverwaltung mit 8 Personen, ein Marktamt mit 7 Personen, ein Exekutionsdienst mit 5 Personen, ein Bauamt mit 7 Personen, ein Gewerbereferat mit 15 Personen, ein Wohnungsamt mit 9 Personen, eine Abteilung für die Instandsetzung öffentlicher und gemeinnütziger Bauten mit 5 Personen, eine Fahrbereitschaft mit 2 Personen, ein Erhebungs- und Fahndungsdienst mit 11 Personen, eine Arbeitseinsatzstelle mit 6 Personen und eine Abteilung „Theater und Kultur" mit 6 Personen; dazu kam noch die Stadtkasse mit 10 Personen und das Jugendamt mit 14 Personen, in denen ausschließlich Gemeindeangestellte beschäftigt waren. Außerdem bestand noch eine große Gruppe des Ordnungsdienstes (etwa 400 Leute), die zum Teil besondere Aufgaben zu besorgen hatten, wie Feuerwehr, Sanitäts- und Polizeidienst. Dem Sanitätstrupp oblag die Säuberung der Straßen und Häuser von Leichen und Tierkadavern, der Polizeitrupp befaßte sich auch mit staatspolizeilichen Aufgaben. Die Hauptsorge der damaligen Bezirksverwaltung galt der Ernährung der Bevölkerung und der Versorgung der Kranken in den Spitälern. Die Beförderung der Kranken konnte in dieser Zeit nur mit Streifwagen und Pferdefuhrwerk erfolgen. Die Zuweisung der Transportmittel behielt sich der Bezirksbürgermeister vor.

Die Lage der Leopoldstadt war durch die Zerstörung nahezu sämtlicher Brücken über den Donaukanal besonders schwierig geworden. Die Herstellung, wenn auch nur notdürftiger Verbindungen, war daher eine sehr wichtige Aufgabe, an der auch das Bauamt des Bezirksbürgermeisters mitwirkte. Dieses Amt war auch an der Instandsetzung des Dianabades beteiligt.

Im Einvernehmen mit dem im Mai 1945 ernannten Bezirksvorsteher Heinrich *Hackenberg* und mit dessen Nachfolger Josef *Vunetich* und dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Alexander *Lex*, der sich schon früher für die sanitären Verbesserungen im Bezirke Verdienste erworben hatte, hat der Stellvertreter des ehemaligen Bezirkshauptmannes den Dienst im Magistratischen Bezirksamt für den 2. und 20. Bezirk wieder eingerichtet. Die Verwaltungsgeschäfte des Bezirksbürgermeisters wurden allmählich von den zuständigen Behörden übernommen. Sie wurden von jenen des Bezirksvorstehers abgegrenzt. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter wurden zum größten Teil entlassen. Im Juni 1945 war wieder eine reguläre Bezirksverwaltung im 2. Bezirk wirksam. Eine besondere Dienststelle blieb noch bis April 1946 im zweiten Bezirk bestehen, das sogenannte politische Referat, das mit Zustimmung der Be-

satzungsbehörde geschaffen wurde. Das politische Referat hatte vor allem Unbedenklichkeitszeugnisse auszustellen und hob hiefür Gebühren ein, die zum Unterhalt der in dieser Dienststelle beschäftigten Angestellten verwendet wurden. Das politische Referat wurde nach dem Wirksamwerden der Staatspolizei und der NS-Meldestellen von selbst überflüssig. Die Mitwirkung der Bezirksvorstehung bei der Arbeitseinsatzstelle des Arbeitsamtes für die Heranziehung von ehemaligen Nationalsozialisten konnte im Juli 1947 aufgelassen werden.

Bis Ende 1946 waren die baulichen Schäden im Bezirksamtsgebäude wieder behoben. Das seit 20. April 1943 zusammengelegte Magistratische Bezirksamt für den 2. und 20. Bezirk wurde zufolge eines Erlasses der Magistratsdirektion vom 12. November 1947 wieder geteilt, so daß seit 10. November 1947 das Magistratische Bezirksamt mit dem Amtssitze in Wien, 2., Karmelitergasse 9, nur für den 2. Bezirk zuständig ist.

Über den Umfang der Tätigkeit des Magistratischen Bezirksamtes gibt die Arbeitsstatistik 1947 Aufschluß. Das Haupteingangsbuch weist 12.240 und das Strafeingangsbuch 2.693 Geschäftsfälle aus. In der Schlichtungsstelle liefen 456, im Wohnrechts- und Möbelreferat 966 Anträge ein; für die Zuerkennung von Invaliden- und Altersrenten wurden 1.479 Anträge eingebracht. Die Kanzleiabteilung fertigte 5.116 Schreibstücke, davon 88 Konzessionen und 1.195 Gewerbescheine aus. Im Wirtschaftsreferat wurden 1.056 Dringlichkeitsscheine für Holz und Kohle, 15.148 Tankausweiskarten, 10.077 Petroleumkarten, 101 Bezugscheine für Kohle, 42.320 Brennstoffkarten für Raumheizung und 3.323 für Kochbedarf ausgestellt. 33.171 Lohnsteuerkarten wurden ausgegeben. Als NS-Registrierungsbehörde hatte das Magistratische Bezirksamt 12.496 Geschäftsstücke zu bearbeiten; 7.571 Schreibstücke und 23.260 NS-Bescheinigungen wurden ausgestellt.

3. Bezirk.

Im Auftrag der Roten Armee übernahm im April 1945 Dr. Ludwig *Fischer* die Stelle eines Bezirksbürgermeisters. Das Personal der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft, das sich am 16. April 1945 zur Arbeit wieder einfand, war formell dem Bezirksbürgermeister unterstellt. Es wurde vorerst zu Aufräumungsarbeiten im bombengeschädigten und geplünderten Amtshaus eingesetzt. Mühsam wurden Amtsbehelfe und Akten gesäubert, zusammengetragen und sichergestellt.

In den ersten Maitagen wurde Dr. Fischer als Angehöriger der inzwischen konstituierten ÖVP, je ein Vertreter der beiden anderen Parteien zur Amtsführung beigegeben. Am 4. Juli 1945 begann die NS-Meldestelle ihre Tätigkeit, es war die erste Amtshandlung im Bezirke, die von Beamten, die vom Wiener Bürgermeister bestellt waren, über genaue Weisungen nach dem Gesetz durchgeführt wurde. Am 11. Juli 1945 übernahm wieder ein Beamter des Magistrats die Geschäfte des Bezirksamtsleiters.

Durch die Viermächtebesetzung Wiens im August 1945 wurde der 3. Bezirk der britischen Zone zugeordnet. Die russische Aufschrift auf dem Amtshause wurde durch den Anschlag „Mayor of the third district" ersetzt. Es war außerordentlich schwierig, den britischen Offizieren den Unterschied zwischen Bezirksvorsteher und Bezirksamtsleiter klar zu machen, ebenso schwierig, sie zu überzeugen, daß die Bezirksbehörde über keine eigenen Finanzmittel verfüge und ihre Autorität vom Wiener Bürgermeister ableite und nur nach dessen Weisungen arbeiten dürfe. Am 21. August 1945 machte der britische

Ortskommandant dem Bezirksamt den ersten offiziellen Besuch und verlangte einen schriftlichen „Report on the moral of the population" (Bericht über die Moral der Bevölkerung). Von diesem Tage an erhielt der Ortskommandant jeden Samstag einen Bericht in englischer Sprache über die Amtsgebarung und die dringendsten Probleme der Woche. Jeden Montag hielt er eine Besprechung ab, an der der Bezirksvorsteher, der Bezirksamtsleiter, der Marktamtsleiter, der Bezirksarzt, ein Techniker und der Inspektor der Kartenstellen des Bezirkes teilnahmen. Die persönlichen Beziehungen zwischen dem Ortskommandanten zu den leitenden Beamten waren offen, korrekt, ja freundschaftlich.

Besonderes Interesse bekundeten die britischen Offiziere für die Wahlvorbereitungen. Bei der Stimmenzählung war auch der Ortskommandant anwesend, der sich von der objektiven Führung des Wahlvorganges überzeugte. Entsprechend dem Abstimmungsergebnis wurde am 16. April 1946 der Vertreter der Sozialistischen Partei Josef *Pfeifer* zum Bezirksvorsteher und Direktor Maximilian *Dölzl* von der ÖVP zu dessen Stellvertreter bestellt.

Die Zusammenarbeit von Bezirksamt und Bezirksvorstehung hat sich sehr intensiviert. Nachdem sich die Verhältnisse einigermaßen geklärt hatten und eine gewisse Ruhe in der Verwaltung eingetreten war, konnte an größere organisatorische Aufgaben der Verwaltung geschritten werden. Eine Begehung sämtlicher Wohnungen sollte einen Überblick über den Belag der Wohnungen verschaffen. Eine umfangreiche Arbeit verursachte die genaue Verzeichnung der Gewerbetreibenden unter Angabe des Standortes, der Gewerbeart, des Umfanges des noch vorhandenen Lagers an Material und Maschinen und eines Berichtes über die Betriebsfähigkeit.

Bei der Bezirksvorstehung für den 3. Bezirk wurde der Aufbringungsausschuß für die Bezirke 1 bis 9, 15 und 20 eingerichtet, dem alle Verwaltungsgeschäfte, die mit der Berechnung, Aufbringung und Ablieferung der Kontingente zusammenhängen, zukamen. Außerdem bestand bei der Bezirksvorstehung ein Dreier-Komitee zur Bearbeitung der Anträge auf Beihilfen nach dem landwirtschaftlichen Aufbringungsgesetz. Früher schon war eine Kleingarten-Kontrollkommission ins Leben gerufen worden. Die Kriegsgefangenenkommission hatte in der Zeit vom 1. September 1945 bis 6. Februar 1948 einen Betrag von 131.496 S gesammelt, wovon 91.693 S an Heimkehrer verteilt wurden. Die Vorbereitungsarbeiten für die Heimkehrerempfänge wurden in freiwilliger Überstundenarbeit geleistet. Der 3. Bezirk organisierte den Empfang des 28., 29. und 30. Rußland-Heimkehrertransportes. In den Wiener Spitälern wurden 798 Heimkehrer betreut.

4. Bezirk.

Für den 4. und 5. Bezirk bestand vormals eine gemeinsame Bezirkshauptmannschaft. Der letzte Bezirkshauptmann der nationalsozialistischen Aera verließ am 8. April 1945 seinen Amtssitz, nachdem er zwei Tage vorher alle ihm wichtig erscheinenden Akten hatte verbrennen lassen. Zum Bezirksbürgermeister des 4. Bezirkes wurde der Magistratsbeamte *Dr. Prix* bestellt. Dr. Prix und der jetzige Bezirksamtsleiter für den 4./5. Bezirk *Dr. Bobrowsky*, fanden sich mit noch einigen anderen Personen Mitte April 1945 in einem Klassenzimmer der Schule in der Schaumburgergasse 7 zusammen und hier entstand ohne irgendeine Einrichtung, ohne Büromaterial und sonstige Amtsbehelfe das Bezirksbürgermeisteramt für den 4. Bezirk. Die Verwal-

tungsgeschäfte dieses Amtes wuchsen allerdings in wenigen Tagen ins Gigantische und mehrere tausend Parteien füllten täglich die Amtsräume des übrigens vielfach durch Bomben und Geschosse beschädigten Schulgebäudes. Ein großer Teil der Amtshandlungen in den ersten Tagen erstreckte sich auf die Ausstellung von Ausweisen, die dazu dienen sollten, von der Besatzung nicht zu verschiedenartigen Arbeiten herangezogen zu werden. Mitunter konnte eine solche Arbeitszuweisung auch mehrere Wochen dauern.

Der Bezirksbürgermeister bildete einige Referate, von denen das Wirtschaftsreferat und das Quartieramt eine besonders lebhafte Tätigkeit entfalteten. Das Wirtschaftsreferat übernahm die Lebensmittelversorgung, während das Quartieramt in wenigen Tagen eine große Zahl von Wohnungen beschlagnahmte und sie Wohnungswerbern zuwies. Eine große Sorge bereitete der Verwaltung die durch die Kampfhandlungen völlig lahmgelegte Leichenbestattung. Man behalf sich damals mit Notbestattungen in den größeren Gärten des Bezirkes, im Garten des Theresianums wurde ein Notfriedhof angelegt.

Ab Ende Mai 1945 nahm als Vertreter der Sozialistischen Partei der vormalige Bezirksvorsteher Gottfried *Albrecht* an den Amtsgeschäften des Bezirksbürgermeisters teil. Dieser leitete die Teilung des Bezirksbürgermeisteramtes in eine Bezirksvorstehung und ein Bezirksamt ein. Nach Verhandlungen mit den Sowjetbehörden, die diese Zweiteilung in einen behördlichen und einen politischen Sektor als überflüssig betrachten wollten, legte Dr. Prix die Stelle des Bezirksbürgermeisters nieder und übernahm die Leitung des neuentstandenen magistratischen Bezirksamtes, während Albrecht zum Bezirksvorsteher bestellt wurde.

Ende Mai 1945 wurde die Raumfrage in der Schaumburgergasse immer akuter. Da das alte Amtshaus unbenützbar war und der 5. Bezirk nicht mehr in Frage kam, mußte anderswo ein Sitz für das Bezirksamt gesucht werden. Nach Verhandlungen mit dem Statistischen Amt gelang es, den 3. Stock des Amtshauses in der Preßgasse freizumachen, wohin nunmehr das Bezirksamt übersiedlte.

Eine Besonderheit des 4. Bezirkes war durch längere Zeit der „Schwarze Markt" auf dem Gelände des Naschmarktes. Einige Male wurden unter Mitwirkung der französischen und sowjetischen Besatzungsmacht Razzien der Polizei veranstaltet.

5. *Bezirk.*

Das Amtsgebäude der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft für den 4./5. Bezirk wurde am 4. April 1945 vom Volkssturm und der SS besetzt, die dort Anstalten zur Verteidigung trafen. Es wurden Panzerfäuste und Munition in das Haus geschafft, doch kam es zu keinen Kampfhandlungen im Bereich des Amtshauses. Die Volkssturmeinheiten benützten die Gelegenheit eines Luftangriffes, um vor den anrückenden sowjetischen Truppen das Weite zu suchen. Am Dienstag, den 10. April 1945 zog die sowjetische Armee in Margareten ein und da im Amtshaus Waffen vorhanden waren, wurde es einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen, wodurch die Innenräume arg hergenommen wurden. Kurze Zeit darauf schlug ein Freiheitskomitee seinen Sitz im Amtshaus auf. Aus dem Kreise dieses Freiheitskomitees bestellte der sowjetische Ortskommandant Fritz *Lendvay* zum Bezirksbürgermeister, der mit einer großen Schar freiwilliger Helfer die ihm übertragenen Befugnisse ausübte. Zeitweise waren bis zu 200 ehrenamtliche Mitarbeiter mit verschiedenen Funktionen

betraut; den Organen des Magistrates war das Amtshaus so gut wie unzugänglich. Erst mit der Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten und der damit verbundenen Bestellung eines provisorischen Bezirksamtsleiters am 16. Juli 1945 wurde die Verwaltung im 5. Bezirk, die bis dahin ein selbständiges und souveränes Gebilde darstellte, wieder mit dem Wiener Magistrat verbunden. Kurze Zeit darauf wurde der Bezirksbürgermeister durch den provisorischen Bezirksvorsteher Max *Tober* (SPÖ) abgelöst und damit jene Ordnung, wie sie bis zum Jahre 1934 bestanden hatte, wiederhergestellt. Die neue Bezirksvorstehung ging mit besonderem Eifer an die Schuttbeseitigung. Der 5. Bezirk war der erste unter den Wiener Bezirken, der schuttfrei gemacht wurde. An diesem Erfolg hat der englische Bezirkskommandant, der Fuhrwerke und Bagger zur Verfügung stellte, besonderen Anteil. Am 19. September 1946 fand eine kleine Abschlußfeier statt, bei der der Bürgermeister, der britische Bezirkskommandant, der Bezirksvorsteher und der Leiter der Schuttaktion das Wort ergriffen. Der Bezirksvorsteher gab aus diesem Anlaß eine kleine Broschüre heraus, die den Verlauf der ganzen Aktion, unter Beigabe von zahlreichen Bildern, darstellte.

6. Bezirk.

Am 7. April 1945 erreichten die sowjetischen Truppen vom Westen kommend, die Linie Sechshauser—Mariahilfer Gürtel. In zwei Säulen rückten sie durch die Gumpendorfer Straße und Mariahilfer Straße dem Stadtinnern zu. Während es in der Gumpendorfer Straße zu keinen besonderen Kampfhandlungen kam, entbrannte in der Mariahilfer Straße zwischen Gürtel und Kaiserstraße ein heftiger Kampf. Der Widerstand der deutschen Truppen war aber nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Nach dem Kampf etablierte sich das Ortskommando der Roten Armee vorerst im Amtsgebäude VI. Amerlingstraße und übersiedelte nach einigen Tagen in das ehemalige „Braune Haus“ in der Hirschengasse.

Zum Bezirksbürgermeister wurde *Dr. Leder* bestellt, der aber nach einigen Tagen seines Amtes wieder verlustig ging. Mitte April wurde über Vorschlag der SPÖ Hofrat Dr. Franz *Löwner* Bezirksbürgermeister von Mariahilf. Da infolge der Organisationsänderungen während der nationalsozialistischen Verwaltung im 6. Bezirk keine Bezirkshauptmannschaft bestanden hatte und daher auch kein Beamtenkörper vorhanden war, wandte sich der Bezirksbürgermeister an die drei demokratischen Parteien mit dem Ersuchen um Beistellung geeigneter Mitarbeiter. Von den Parteien wurde eine größere Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter namhaft gemacht und unter diesen sieben zu Referatsleitern bestellt. Außer dem Sekretariat gab es ein Gewerbereferat, ein technisches Referat, ein Autoreferat, ein Referat für Schulwesen, für Fuhrwerkseinsatz und für Handel und Wirtschaft.

Am 12. Juli 1945 wurde ein großer Teil der ehrenamtlichen Mitarbeiter abgezogen und durch städtische Beamte ersetzt. Aus dem Bezirksbürgermeisteramt wurde die Bezirksvorstehung, an deren Spitze Hofrat *Dr. Löwner* stand; erster Bezirksvorsteher-Stellvertreter war Karl *Bittner,* zweiter Stellvertreter *Stocklasa.* Das Verhältnis zwischen Bezirksverwaltung und Ortskommandantur war gut. Irgendwelche Übergriffe von Besatzungsangehörigen, wie Plünderungen oder Vergewaltigungen von Frauen haben sich dank der strengen Zucht des sowjetischen Ortskommandanten, soweit bekanntgeworden ist, nicht ereignet. Als Beweis für das gute, ja geradezu freundschaftliche Verhältnis zwischen Bezirksverwaltung und Ortskommandantur darf auf die

Tatsache hingewiesen werden, daß noch längere Zeit nach dem Umzug der sowjetischen Besatzung die persönliche Verbindung zwischen der früheren Ortskommandantur und der Bezirksvorstehung aufrecht erhalten blieb.

Die Übernahme der Befehlsgewalt durch die französische Besatzungsmacht war mit einer Festparade verbunden. Unmittelbar nach dem Einzug der französischen Truppen veranlaßte das neue Ortskommando die Requisition von Wohnungen und Einrichtungsgegenständen. Das Ambulatorium in der Sandwirtgasse wurde als Militärspital eingerichtet. Auch das einzige Volksbad im Bezirk wurde für das Militär beschlagnahmt. Im Amerling-Gymnasium wurde ein französisches Lyzeum errichtet.

Nach dem Wahlergebnis vom November 1945 war die ÖVP die stärkste Partei. Das Amt des Bezirksvorstehers übernahm daraufhin der bisherige erste Stellvertreter Karl *Bittner*, während der bisherige Bezirksvorsteher erster Bezirksvorsteher-Stellvertreter wurde. Die Verwaltungstätigkeit des Bezirksbürgermeisters und später des Bezirksvorstehers umfaßte nahezu alle Bereiche des menschlichen Lebens. Für die Ernährung wurde eine besondere Organisation geschaffen. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die durch Plünderungen erworbenen Lebensmittel abzuliefern. Weit über 200 Leichen waren im Loquaipark, in den Parkanlagen am Gürtel und im Vorgarten des Café Dobner provisorisch beigesetzt worden. Die Enterdigung der oftmals nur mit einer 25 cm hohen Erdschichte bedeckten Leichen wurde besonders dringlich behandelt. Mariahilf war der erste Bezirk, in dem die provisorisch beerdigten Leichen enterdigt und auf Friedhöfen übergeführt wurden. Die Müll- und Schuttabfuhr wurde im beschleunigten Tempo durchgeführt. Die Ausfüllung des Luftschutzstollens in der Kopernikusgasse erforderte einige tausend Fuhren. Das Fehlen einer öffentlichen Beleuchtung veranlaßte den Bezirksvorsteher, die Bevölkerung aufzufordern, eine Notbeleuchtung an den Häusern anzubringen. Diesem Aufruf war ein voller Erfolg beschieden. Über Anordnung der Besatzungsmacht mußten die Gartenanlagen im Bezirk unverzüglich instandgesetzt und Tanz- und Vergnügungsstätten eröffnet werden.

7. Bezirk.

Am 8. April 1945 trafen die sowjetischen Truppen am Neubau- und Lerchenfelder Gürtel ein. In der Mariahilfer Straße, Seidengasse, Westbahnstraße und Burggasse, desgleichen in der Schottenfeldgasse und Zieglergasse waren deutsche Panzer aufgefahren, die sich für kurze Zeit zum Kampf stellten. Noch heute zeigen viele Häuser Spuren des Beschusses. In der Nacht vom 9. auf den 10. April drangen die Sowjettruppen im ganzen Bezirk vor.

Als erste öffentliche Tätigkeit entstand ein ärztlicher Dienst, dem sich ungefähr 20 junge Ärzte unter der Leitung der Ärztin *Dr. Grünbaum* zur Verfügung stellten. Das Fehlen jeder staatlichen und städtischen Organisation veranlaßte die sowjetische Besatzungsmacht, einen Bezirksbürgermeister einzusetzen. In der Zeit vom 13. April bis 23. Juli 1945 war Josef *Matz* (KPÖ) Bezirksbürgermeister, sein Stellvertreter war Josef *Heider*. Am 23. Juli 1945 wurde Kommerzialrat Wilhelm *Dürnbacher* (ÖVP) Bezirksvorsteher, erster Stellvertreter war Otto *Bernadina* und ab September 1945 Josef *Matz*, zweiter Stellvertreter war Robert *Schiegl*. Auf Grund des Ergebnisses der Nationalratswahl wurde Kommerzialrat Dürnbacher zum Bezirksvorsteher neuerlich bestellt und Robert Schiegl wurde dessen Stellvertreter. Im April 1945 waren 32 ehrenamtliche Mitarbeiter im Amte des Bezirksbürgermeisters

tätig, deren Zahl sich bis zum Sommer auf 47 erhöhte. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter betreuten folgende Referate: Fahrbereitschaft, NS-Registrierung und Statistik, Gewerbe, Wohnungswesen, Magazine, Erhebungen, Kassaverwaltung, Passierscheine und das Kulturreferat. Außerdem gab es Freiwilligentrupps zur Behebung von Bauschäden und einen Polizeitrupp. Später wurden die ehrenamtlichen Mitarbeiter durch städtische Beamte abgelöst.

Im August 1945 besetzten amerikanische Truppen den 7. Bezirk. Das Verhältnis der Bezirksvorstehung war zur russischen sowie zur amerikanischen Besatzungsmacht ausgeprochen gut. Sowohl der russische als auch der amerikanische Bezirkskommandant haben sich wiederholt zu Besprechungen in der Bezirksvorstehung eingefunden. Über Weisung des amerikanischen Militärkommandanten wurde im September 1945 eine Holzaktion durchgeführt. Es meldeten sich über 500 Arbeitswillige zur Holzschlägerung im Wienerwald.

Die Unterbringung der amerikanischen Offiziere und Truppen beschäftigte neben dem Wohnungsamt auch die Bezirksvorstehung. Wohnhäuser, Schulen, Hotels und eine große Zahl von privaten Wohnungen mußten verfügbar gemacht werden.

8. Bezirk.

Das Amtsgebäude auf dem Conrad von Hötzendorf-Platz wurde durch einen Bombenabwurf am 10. September 1944 zu einem Drittel vom Dach bis zum Keller zerstört. Am meisten betroffen waren die Räume, in denen die Konzeptsbeamten, die Kanzlei und die Stadtkasse untergebracht waren. Das Inventar dieser Amtsräume wurde fast völlig vernichtet, die Akten konnten durch die aufopfernde Bergungsarbeit der Angestellten zu einem geringen Teil wieder verwendungsfähig gemacht werden. Um Diebstähle in dem noch belegten Teil des Amtsgebäudes zu verhindern, wurde ein Bewachungsdienst mit 26 Mann eingeführt.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen wurde im Bezirk eine Bürgermeisterei eingerichtet, deren Tätigkeit sich hauptsächlich nach den Anordnungen der Besatzungsmacht richtete. Dieses Amt wurde von den drei politischen Parteien paritätisch geführt. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Bezirksbürgermeisters wurden allmählich wieder abgebaut und ihre Stellen nahmen Angestellte des Magistrats ein. Die Führung der Dienstgeschäfte erforderte in dieser Zeit ein großes Maß an Pflicht- und Verantwortungsgefühl; der durch politische und wirtschaftliche Einflüsse überreizten Stimmung vieler Menschen mußte unter Hintansetzung eigener Gefühle mit viel Verständnis und Takt entgegengekommen werden.

Im Jahre 1945 waren sowohl der russischen Besatzungsmacht als auch später der amerikanischen Besatzungsmacht wöchentlich Tätigkeitsberichte sowie politische Berichte vorzulegen, die in einer Sitzung durchbesprochen wurden. Im Zusammenhange damit erging an die Bezirksvorstehung und das Bezirksamt immer eine Menge von Aufträgen, die meist sofort durchgeführt werden mußten.

Der Initiative der Bezirksvorstehung ist es gelungen, sämtliche Parkanlagen im Bezirk wieder instandzusetzen. Im Schönbornpark wurde auf dem dort befindlichen Bunker ein Kinderspielplatz errichtet. Der Brunnen der Wachsamkeit mit dem Monument auf dem Conrad von Hötzendorf-Platz wurde wieder aufgestellt. Über Einschreiten der Bezirksvorstehung wurde der lang unterbrochene Betrieb der Straßenbahnlinie 13 wieder aufgenommen.

9. Bezirk.

Die Kämpfe in den ersten Apriltagen 1945 waren im 9. Bezirk besonders heftig. Die deutschen Truppeneinheiten in der Roßauerkaserne setzten sich zähe zur Wehr und schlugen die Rote Armee teilweise wieder zurück. Erbittert wurde in der Gegend um das Allgemeine Krankenhaus und um die Übergänge über den Donaukanal gekämpft. Auch der Franz Josefs-Bahnhof wurde durch Beschuß von beiden Kampfparteien arg in Mitleidenschaft gezogen. Am 8. April aber war der deutsche Widerstand für immer gebrochen. Bald darauf hat die sowjetische Besatzungsmacht Heinrich *Hart* zum Bezirksbürgermeister bestellt; er amtierte im Hause der 1938 aufgelösten Bezirksvertretung für den 9. Bezirk. Da sein Amt buchstäblich über Nacht geschaffen werden mußte, fehlte es an geschultem Personal. Eine Anzahl tatkräftiger Männer stellte sich ihm zur Verfügung und unterstützte ihn bei seiner Arbeit. Zunächst galt es den Plünderungen Einhalt zu gebieten. Die Güterzüge im Franz Josefs-Bahnhof hatten zahllose zweifelhafte Elemente zu umfangreichen Diebstählen angelockt.

Die sanitären Mißstände erforderten rasche Abhilfe. 600 Leichen mußten provisorisch begraben werden. Ungefähr 200 Pferdekadaver, die in der Umgebung der Roßauerkaserne lagen, waren zu beseitigen. Das Allgemeine Krankenhaus, obwohl überfüllt, war ohne alle Lebensmittelvorräte. Zum Glück konnten einige Lebensmittellager im Bezirk sichergestellt werden, wodurch die ärgste Not vorläufig abgewendet werden konnte.

Im Verhältnis zu den Besatzungsmächten ergaben sich während der Übergangszeit gewisse Schwierigkeiten. Die Alliierten übten auf die Führung der Amtsgeschäfte großen Einfluß aus und beanspruchten für sich ein absolutes Weisungsrecht. Es bedurfte großer Geschicklichkeit, um Mißverständnisse zu beseitigen. Als nach den Wahlen der Bezirksvorsteher *Rajnoha* (SPÖ) sein Amt antrat und die alte Ordnung in der Verwaltung wieder wirksam wurde, nahm auch die Beeinflussung durch die Besatzungsmächte ab. Die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Kommandantur im 9. Bezirk ist als gut zu bezeichnen.

Am 1. August 1947 wurde für den 9. Bezirk ein eigenes magistratisches Bezirksamt im Amtshause 9., Währinger Straße 39, eingerichtet. Bis dahin waren die Verwaltungsgeschäfte von einem gemeinsamen magistratischen Bezirksamte für den 8. und 9. Bezirk besorgt worden.

10. Bezirk.

Schon in den letzten Märztagen 1945 bestand die Absicht, die Bezirkshauptmannschaft für den 10. Bezirk in eine Ausweichstelle zu verlegen. Der 10. Bezirk hatte wie fast kein anderer Wiener Bezirk unter den Luftangriffen zu leiden. Das dichtbesiedelte Wohngebiet östlich der Favoritenstraße vom Laaerberg bis zum Arsenal wurde besonders arg verwüstet. In den ersten Apriltagen näherte sich die Rote Armee dem Weichbild der Stadt und von den Höhen des Laaerberges und Wienerberges konnte das Aufflammen des Mündungsfeuers der russischen Artillerie und das düstere Schauspiel der Brände in den Ortschaften auf dem Steinfeld beobachtet werden. Am 6. April kamen Nachrichten vom Vorstoß der sowjetischen Truppen, die aus der Richtung Schwadorf, Schwechat, Oberlaa und Inzersdorf gegen den 3. Bezirk und über den Laaerberg gegen Favoriten vordrangen. In den Vormittagstunden dieses Tages ging die sowjetische Artillerie bereits dazu über, Streu-

feuer auf das Gelände der Ost- und Südbahn und andere Stadtteile zu legen. Die Flak vom Flakturm im Arenbergpark stellte sich auf Erdbeschuß ein. Die Kreisleitung der NSDAP im ehemaligen Arbeiterheim hatte sich mit einem Wagenpark „abgesetzt". Die Ämter der Bezirkshauptmannschaft wurden in das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft Margareten verlegt. Die mittags mit einem einzigen kleinen Lastkraftwagen begonnene Überführung des Inventars war mit Rücksicht auf die mehrmals notwendigen Fahrten durch die unter Streufeuer und Beschuß aus Bordwaffen liegenden Straßen für die Bediensteten, die den Transport durchführten, mit Lebensgefahr verbunden. Das Übersiedlungsgut konnte nur mehr auf Stiegen und Gängen untergebracht werden. Die Tätigkeit in der Ausweichstelle wurde nicht mehr aufgenommen.

In der Nacht vom 6. zum 7. April stießen die Truppen der Roten Armee bis in das Zentrum des Bezirkes vor. Die Kampfhandlung wurde mit einer Massierung gegen den Südtirolerplatz und den Matzleinsdorferplatz an die Südbahnlinie herangetragen. Die Kämpfe in diesem Gebiet waren besonders hart. Die Ausfahrtstraßen aus dem Bezirk waren durch Barrikaden aus umgestürzten Straßenbahn- und Eisenbahnwaggons gesperrt worden. Der Südtirolerplatz fiel als ausgesprochenes Ruinenfeld in die Hände der sowjetischen Truppen.

Mit 11. April 1945 konnten die Kampfhandlungen in Favoriten als abgeschlossen bezeichnet werden. Für die Heftigkeit der Kämpfe zeugt die Zahl von 796 Todesopfern, die anläßlich der vom Magistrat der Stadt Wien im Herbst 1945 begonnenen Enterdigungen festgestellt wurde.

Die Sachschäden durch die Kampfhandlungen, besonders die Verluste an Wohnhäusern und Industrieobjekten, sind, gemessen an den fürchterlichen Verwüstungen durch die vorangegangenen Angriffe der amerikanischen Luftwaffe, wesentlich geringer. Zu den schwer beschädigten Objekten zählte auch das Amtsgebäude des Bezirksamtes Favoriten. Durch die Beschädigung der im Kellergeschoß eingebauten Transformatorenstation fiel die Stromversorgung eines Teiles von Favoriten aus. Einen trostlosen Anblick boten die Innenräume des Amtsgebäudes. Vom Feuer wohl verschont, waren Kasten und Schreibtische aufgesprengt, der Inhalt verstreut oder weggebracht worden und die Amtsbibliothek größtenteils vernichtet. Als nach Beendigung der Kampfhandlungen am 11. April 1945 die ersten Beamten — noch unter Lebensgefahr — ihren Dienstplatz aufsuchten, fanden sie die Eingänge des Amtes von Zivilisten, die durch weiße Armbinden als Hilfspolizisten gekennzeichnet waren, besetzt. Auf Stiegen und Gängen herrschte ein lebhaftes Kommen und Gehen und in fast allen Räumen eine geradezu beängstigende Geschäftigkeit. Von der russischen Ortskommandantur wurde Clemens *Friemel* zum Bezirksbürgermeister und Leopold *Bublik* zu dessen Stellvertreter eingesetzt, die mit einem großen Stabe von ehrenamtlichen Mitarbeitern die Amtsräume bezogen hatten und mit allen Kräften dem drohenden Chaos zu steuern suchten. Die ganze Verfügungs- und Verwaltungsmacht lag in den Händen des Bezirksbürgermeisters. Am 1. August 1945 wurde auf Grund einer Vereinbarung der drei demokratischen Parteien der bisherige Bezirksbürgermeister und dessen Stellvertreter abgelöst. Zum Bezirksvorsteher wurde Karl *Kempf* (KPÖ), zum ersten Stellvertreter Karl *Wrba* (SPÖ) und zum zweiten Stellvertreter Georg *Tanzer* (ÖVP) bestellt. Nach der Wahl vom 25. November 1945, die erstmals nach dem Krieg ein klares Bild über die politische Mächtegruppierung brachte, wurde Karl *Wrba* zum

Bezirksvorsteher und Rudolf *Kait* (ÖVP) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter bestellt. Für Rudolf Kait, der in den Bundesrat gewählt wurde, übernahm am 1. September 1946 Franz *Mithlinger* das Amt des Bezirksvorsteher-Stellvertreters. Damit waren die Grundlagen für eine ordnungsmäßige Bezirksverwaltung gelegt.

Gewisse Erscheinungen aus früherer Zeit wirkten sich auch noch weiterhin aus. Das gilt zum Beispiel vom Effekten-Sicherstellungs-Referat des Bezirkes. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften sind Habseligkeiten von Delogierten, Verstorbenen, Verunglückten und Verhafteten, desgleichen auch von Fliegergeschädigten zu verwahren. In 11 Sälen des diesem Zwecke gewidmeten Depots der Stadt Wien in der Katharinengasse waren von mehreren Bezirkshauptmannschaften Effekten sichergestellt worden. Während der Kampftage wurde dieses Depot zum Teil von Zivilisten geplündert, zum Teil wurden die eingelagerten Gegenstände von der Besatzungsmacht in Ausübung des Beuterechtes beansprucht. Daß auch die Einquartierung von Truppen in diesem Depot dazu beitrug, die eingelagerten Gegenstände durcheinanderzubringen, dürfte keinem Zweifel begegnen. Es bedurfte einer langandauernden mühevollen Arbeit des Referates, um die vorgefundenen Einlagerungsgegenstände zu identifizieren, damit sie ihren Eigentümern ausgefolgt werden konnten.

Bombenangriffe und Artilleriekämpfe haben bewirkt, daß Favoriten wie kaum ein anderer Bezirk Glasschäden erlitt. Dank der tatkräftigen Unterstützung der Ortskommandantur gelang es dem Bezirksvorsteher eine Sonderzuteilung von Glas für den 10. Bezirk durchzusetzen. Unter dem Titel „Sonderaktion der Bezirksvorstehung" konnte an die Favoritner Bevölkerung 20.000 m² Glas verschiedener Sorten ausgegeben werden. Hingegen blieben die Bemühungen bei der Generalkommandantur um eine Sonderzuteilung von Dachglas zur Deckung der Schwimmhalle des Amalienbades erfolglos. Vorher hatte das Betriebsreferat der SPÖ eine Petition im Namen von 19.000 Arbeitern und Angestellten dem Bezirksvorsteher übergeben, worin die beschleunigte Wiederherstellung des Amalienbades verlangt wurde.

Zu Weihnachten 1947 hat die Bezirksvorstehung im Preyerschen Kinderspital und in der Kinderabteilung des Franz-Josef-Spitals eine Kinderbücherei errichtet, was von den Spitalsverwaltungen besonders begrüßt wurde.

Erfolgreich waren die Bemühungen der Bezirksvorstehung um die Errichtung einer Schule für die Kinder in der Wienerfeld-Siedlung. Der Plan, das Linienamtsgebäude am Ende der Laxenburger Allee in eine Schule umzuwandeln, konnte verwirklicht werden. Den Kindern der Siedlung bleibt dadurch der sonst bei schlechtem Wetter beschwerliche Schulweg in die Schulen jenseits des Wienerberges erspart.

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 26. Juli 1947 wurde die Bezirksvorstehung mit den Aufgaben eines Bezirks-Aufbringungsausschusses für den 10. Bezirk und die ehemaligen Gemeinden Oberlaa, Unterlaa und Rothneusiedl betraut. Im Zeitpunkt der Errichtung des Bezirks-Aufbringungsausschusses stand die Ernte unmittelbar bevor. Rasches Handeln war nötig, um die Aufbringung nicht zu gefährden. Die vorgeschriebenen Kontingente für 1947 wurden in folgendem Ausmaß abgeliefert: Brotgetreide 88%, Gerste 30%, Hafer 7%, Kartoffeln 69%, Mais 112%, Eier 71%, Milch 81%, Rindfleisch 200%, Kalbfleisch 158% und Schweinefleisch 82%.

Wegen der mangelhaften Gemüse- und Obstversorgung sowie der hohen Obstpreise kam es im Mai und Juni 1947 auf dem Markt am Viktor Adler-

Platz zu Demonstrationen der Hausfrauen. Der Bezirksvorsteher empfing eine Frauendeputation. Bei der Aussprache wurde die Abstellung von Übertretungen des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes in Aussicht gestellt und zur Unterstützung des Marktamtes von den drei politischen Parteien je zwei Frauen bestimmt. Auch eine Vorsprache der Frauendeputation beim Bürgermeister wurde anberaumt. Die Mitarbeit der Frauen bei der Kontrolltätigkeit des Marktamtes hat sich praktisch jedoch nicht ausgewirkt.

11. Bezirk.

Am 6. April 1945 drangen die ersten Sowjettruppen der Armee Marschall Tolbuchins in Simmering ein und beschossen von Artilleriestellungen beim Zentralfriedhof aus die inneren Bezirke. Durch Barrikaden war die Simmeringer Hauptstraße bei der Ostbahnbrücke abgesperrt, aber nicht verteidigt. Simmering war in dieser Zeit gewissermaßen Niemandsland. Die Verteidigungslinie zog sich entlang der Ostbahn-Industriegeleise zum Elektrizitätswerk, Gaswerk, Zentralviehmarkt und zum Wildgans-Hof. Am Sonntag den 8. April früh drangen sowjetische Panzertruppen und Infanterie von Kaiser-Ebersdorf und vom Zentralfriedhof kommend entlang der Aspangbahn und Ostbahn gegen das Stadtinnere vor. Gegen Mittag bewegte sich eine dritte Kolonne durch die Simmeringer Hauptstraße stadtwärts. Alsbald hatten russische Abteilungen, die nach Eroberung des schwer umkämpften Laaerberges in den 10. Bezirk eingedrungen waren, Verbindung mit den in Simmering operierenden Streitkräften aufgenommen. Artillerie nahm nächst der Mautner-Markhof'schen Preßhefefabrik Aufstellung. Drei Stalinorgeln waren in der Hauseinfahrt und im Hofe des durch Bomben teilweise zerstörten Bezirksamtes aufgestellt, von wo sie zum Abfeuern vor das Amtsgebäude herausfuhren. Da sich am Zentralviehmarkt St. Marx stärkere SS-Abteilungen festgesetzt hatten, gab es an dem Kreuzungspunkt Rennweg-Schlachthausgasse nächst der Bezirksgrenze größere Kämpfe. Die russischen Abteilungen, die von der Simmeringer Lände aus durch quergestellte Schlepper eine Verbindung mit dem jenseitigen Ufer des Donaukanals hergestellt hatten, mußten den vom 2. Bezirk aus geführten Angriffen der SS wieder weichen. Allerdings war der Widerstand bald gebrochen. Am 10. April waren die Kampfhandlungen in Simmering beendet. Lediglich im Raume zwischen Donaukanal und Ostbahn tobten noch bis 12. April wechselvolle Kämpfe.

Durch die Bombenangriffe und die anschließenden Kämpfe waren die im 11. Bezirk gelegenen lebenswichtigen Betriebe des Elektrizitätswerkes und des Gaswerkes schwer beschädigt worden. Da die Trinkwasserversorgung durch die Hochquellenleitung längere Zeit ausfiel, wurde eine bezirkseigene Leitung von einem Brunnen der Mautner Markhof'schen Preßhefefabrik behelfsmäßig hergestellt. In der städtischen Schule am Herderplatz wurde ein Notspital eingerichtet, das zirka 500 Kranke aufnehmen konnte und in dem rund 15.000 Personen ambulatorisch behandelt wurden.

Die Schäden im Bezirk waren außerordentlich groß, nahezu jedes Haus wies Spuren der Kriegshandlungen auf. Als Industriebezirk war Simmering auch den Bombenangriffen ausgesetzt. Überdies wurden durch die abziehenden SS-Truppen fast sämtliche Fabriksanlagen in die Luft gesprengt. Eine große Sorge bereitete die Beerdigung der vielen tausend in den Leichenkammern liegenden Toten. 3.000 Tierkadaver waren wegzuräumen, die infolge der beginnenden warmen Jahreszeit eine sanitäre Plage zu werden drohten.

Von der Besatzungsbehörde wurde am 10. April 1945 der ehemalige Bezirksvorsteher Eduard *Pantucek* (SPÖ) als Bezirksbürgermeister eingesetzt. In täglichen Besprechungen wurden dem Bezirksbürgermeister die Befehle der Kommandantur bekanntgegeben, die er fast immer sofort auszuführen hatte. Für die Durchführung der verschiedenen Aufträge wurden besondere Verwaltungsstellen geschaffen, denen ehrenamtliche Mitarbeiter vorstanden. Es gab ein Wirtschafts-, Ernährungs-, Wohnungs- und Möbelressort, einen Arbeitseinsatz und einen Baustab, in denen je 5 bis 10 Personen tätig waren. Das schwierigste Problem in diesen Tagen war die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Zum Schutze der Bevölkerung wurde ein Sicherheitsdienst ins Leben gerufen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben gewidmet. Es war wichtig, daß z. B. die Mautner Markhof'sche Preßhefefabrik die Erzeugung von Hefe wieder aufnahm, um für die Broterzeugung die erforderliche Hefe zur Verfügung zu stellen. Durch das unerschrockene Eingreifen einiger Bediensteter der Gaswerke und Elektrizitätswerke war es möglich, die Werke bald nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder in Betrieb zu setzen.

Die Arbeiten des Magistratischen Bezirksamtes waren zeitweise sehr behindert. Das Bezirksamt war von den Sowjettruppen zu drei verschiedenen Malen besetzt und dadurch in seiner Arbeitsfähigkeit lahmgelegt worden. Ein neuer Abschnitt begann mit der Übernahme des 11. Bezirkes durch die britische Besatzungsmacht, die am 1. Juni 1945 erfolgte. Seit diesem Zeitpunkt werden die Aufgaben der Hoheitsverwaltung wieder ausschließlich vom Magistratischen Bezirksamte, als der zuständigen Verwaltungsbehörde wahrgenommen. Daß dies so reibungslos vor sich ging, ist der ungemein verständnisvollen Haltung des britischen Bezirkskommandanten zu danken, der durch sein objektives und distanzierendes Verhalten sowie durch seine Hilfsbereitschaft sich und seinem Volke rasch die Hochachtung der Bevölkerung gewonnen hatte.

Im Jahre 1947 wurde das durch Bomben zerstörte Amtsgebäude 11., Enkplatz 2 bereits zum Teil wieder hergestellt. Mit einer teilweisen Übersiedlung des Magistratischen Bezirksamtes ist im Jahre 1948 zu rechnen. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 6. Juni 1947 wurde aus dem Magistratischen Bezirksamt für den 11. und 23. Bezirk je ein selbständiges Bezirksamt für den 11. und 23. Bezirk errichtet. Das Fürsorgeamt und das Jugendamt betreuen weiterhin beide Bezirke.

12. Bezirk.

Lange vor dem Eintreffen der Russen in Meidling hatte sich der ehemalige nationalsozialistische Bezirkshauptmann in Sicherheit gebracht; auch sein Stellvertreter suchte bald darauf das Weite. Die Leitung der Bezirkshauptmannschaft ging auf den nationalsozialistischen Bezirkshauptmann des 15. Bezirkes über. Bevor auch dieser sich nach dem Westen „absetzte", traf er als letztes Vermächtnis eine unheilvolle Entscheidung. Alle Aktenstücke, Kataster und sonstigen wichtigen Amtsbehelfe mußten so rasch als möglich in das Amtshaus des 5. Bezirkes verlagert werden. In überstürzter Hast wurde das Aktenmaterial verpackt und auf einem Pferdefuhrwerk in den 5. Bezirk gebracht. Wegen Platzmangel wurde es aber dort nicht angenommen und mußte wieder in das Amtshaus des 12. Bezirkes zurückbefördert werden. Auf dem Rückwege wurde der den Transport führende Beamte vom Luftdruck einer einschlagenden Granate zu Boden geworfen und wurde

bewußtlos geborgen. Das zurückgebrachte Aktenmaterial, die Kanzleibehelfe und Schreibmaschinen konnten nur mehr im Erdgeschoß des Amtshauses eingelagert werden. Bei den nun einsetzenden Plünderungen war es leicht, sich der Schreibmaschinen zu bemächtigen. Zwei Tage vor dem Einmarsch der Sowjettruppen waren nur noch wenige Beamte sowie SS- und Polizeitrupps im Amtshause anwesend. Montag, den 9. April trafen die ersten Russen im Amtshaus ein.

Gegenüber dem Amtsgebäude in der Hufelandgasse waren ausländische Zivilpersonen untergebracht, die sich an den Plünderungen und sinnlosen Zerstörungen beteiligten. Der Hausaufseher hatte dabei einen schweren Stand und wurde zweimal mit dem Erschießen bedroht. Nur dem Eingreifen eines russischen Offiziers hatte er es zu verdanken, daß er nicht erschossen wurde. Außer dem Amtshaus wurden auch die einzelnen Sicherstellungslager, in denen sich Möbel Ausgebombter befanden und die ehemalige SS-Kaserne und SS-Siedlung im Fasangarten ausgeplündert. Im Pferdeschlachthaus Meidling waren etwa 4 bis 6 Waggons Zwiebel und 240 Fässer Salzheringe zu je 200 kg eingelagert. Diese wurden zu einem Großteil von weiblichen Plünderern weggeschleppt und der Rest von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Der damalige Bezirksbürgermeister erließ einen Aufruf, das Plünderungsgut bei Zusicherung der Straffreiheit zurückzustellen. Diesem Aufruf war ein nur teilweiser Erfolg beschieden.

Der russische Ortskommandant ernannte Elias *Terletzki* (KPÖ) zum Bezirksbürgermeister. Er und sein Stellvertreter *Hofbauer* stellten sich den bereits tätigen Berufsbeamten des Bezirkes vor, doch zog der Bezirksbürgermeister überwiegend ehrenamtliche Helfer zur Mitarbeit heran. Die bis dahin tätigen Beamten wurden hauptsächlich zur Beschaffung statistischer Daten, die häufig von der russischen Militärregierung verlangt wurden, verwendet. Es wurden u. a. folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt: „Wieviele Häuser sind in Meidling bereits mit Wasser und Licht versorgt? Wieviele Häuser, Fabriken, Spitäler und Schulen sind in Meidling? Wieviele Tiere sind vorhanden? Wieviele Lebensmittel wurden ausgegeben? Wieviel anbaufähige Gründe sind vorhanden?“ Diese sofort auszuführenden Erhebungen stellten die Beamten oft vor fast unlösbare Aufgaben, da die Haustore in der damaligen Zeit nahezu überall gesperrt waren. Andere Befehle der Besatzungsmacht, die umfangreiche Erhebungen zur Folge hatten, betrafen die Durchführung einer Bevölkerungszählung im Juni 1945 zum Zwecke der Einstufung der Bevölkerung nach Berufsgruppen für die Lebensmittelkartenausgabe. Von einem geordneten Amtsbetrieb konnte in der ersten Zeit kaum die Rede sein. Es fehlten fast alle Voraussetzungen. Die außerordentlichen Verhältnisse konnten nur mit außerordentlichen Maßnahmen gemeistert werden. Zu den Zentralstellen im Rathaus fehlte eine Zeitlang jede Verbindung. Der russische Kommandant hielt sich daher ausschließlich an die Bezirksstellen. Unter anderem verlangte er von der Stadtsteuerkasse die Auszahlung verschiedener Besatzungskosten, die Kosten für die Renovierung von Räumen sowie für die Errichtung eines russischen Heldendenkmales auf dem Meidlinger Friedhof. Da sich der damalige Leiter der Stadtsteuerkasse weigerte, die verlangten Beträge auszuzahlen, mußte der neu eingesetzte Bezirksamtsleiter erst die Verbindung mit dem Rathaus aufnehmen, um diese Frage zu klären. Allmählich begann das Zusammenwirken mit den zentralen Dienststellen im Rathaus wieder zu funktionieren. Im Juni 1945 erfolgte eine Registrierung der Gewerbetreibenden, und im Dezember 1945 die Registrierung

der Reichsdeutschen und Volksdeutschen. Die Anordnung über die Registrierung der Reichsdeutschen und Volksdeutschen, die von der britischen Militärregierung ausging, hatte eine förmliche Panik unter den deutschen Staatsangehörigen ausgelöst, die alle ausgewiesen zu werden fürchteten. Die Staatsbürgerschaftsreferenten im Bezirksamt hatten in diesen Tagen einen kaum zu bewältigenden Parteienverkehr zu verzeichnen.

Durch Vereinbarung der drei demokratischen Parteien wurde je ein Funktionär der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei als Bezirksvorsteher-Stellvertreter eingesetzt. Im April 1946 wurde nach dem Wahlergebnis vom November 1945 zum Bezirksvorsteher ein Vertreter der Sozialistischen Partei und zu seinem Stellvertreter ein Mitglied der Österreichischen Volkspartei bestellt, nachdem der bisherige Bezirksvorsteher, der der Kommunistischen Partei angehörte, sein Amt niedergelegt hatte.

Die britische Militärregierung trat verhältnismäßig nur selten in Aktion und ließ sich nur in Ausnahmefällen, wenn sie von Parteien angerufen wurde, berichten, sie nahm selbst aber keinen direkten Einfluß auf die Aktenerledigung, wenn sie sich überzeugt hatte, daß die geltenden Gesetze beobachtet wurden. Bei der Schuttsäuberung wurde die Bezirksvorstehung von der britischen Militärregierung unterstützt, die Lastkraftwagen und einen Bagger beistellte. Für die Heimkehrer veranstaltete die Bezirksvorstehung eine Sammlung von Geld- und Sachspenden. Bei der der Bezirksvorstehung Meidling übertragenen Bahnhofsbetreuung von 3 Heimkehrertransporten wurden insgesamt 1.356 Heimkehrer mit einem Paket Zigaretten, 2 kg Lebkuchen und 1 kg Obst beteilt. Die im Bezirke wohnenden 668 Heimkehrer erhielten Geldunterstützungen. Insgesamt wurden für die Heimkehrerbetreuungen im Jahre 1947 62.460 S ausgegeben, wozu noch eine große Anzahl von Sachspenden kam.

13. Bezirk.

Bei der Schaffung Groß-Wiens im Jahre 1939 wurde der nördlich des Wienflusses gelegene Teil des 13. Bezirkes abgetrennt. Gleichzeitig wurde die Bezirkshauptmannschaft Hietzing aufgelöst. Am 26. Mai 1942 wurden die Bezirksämter für den 12. und 13. Bezirk vereinigt. Im Hietzinger Amtsgebäude verblieben nur das Gesundheitsamt, die Tbc-Fürsorgestelle und das Jugendamt. Das Amtsgebäude wurde am 12. Februar 1945 schwer bombenbeschädigt. Anfang April 1945 quartierten sich russische Besatzungstruppen im Amtshaus ein, die einen Ortsbürgermeister einsetzten. Im August 1945 wurden die russischen Militärdienststellen durch britische abgelöst. Am 1. Jänner 1946 wurde das Magistratische Bezirksamt für den 13. Bezirk wieder selbständig aufgestellt. Zuerst wurden die Kanzlei und das Staatsbürgerschaftsreferat eingerichtet. Nach Maßgabe des verfügbar werdenden Büroraumes wurden nach und nach auch die übrigen Referate nach Hietzing zurückgeführt.

Die Arbeiten zur Wiederherstellung des Amtsgebäudes machten im Jahre 1947 beträchtliche Fortschritte. Es konnten neue Räume gewonnen werden, so daß es möglich war, einzelne infolge des Raummangels zusammengedrängte Referate besser unterzubringen. Das Standesamt Hietzing übersiedelte in das Haus 14., Penzinger Straße 59, dafür wurde das Marktamt und das Veterinäramt in das Amtsgebäude zurückverlegt. Die britische Militärregierung hat ihre Dienststelle für den 13. Bezirk im Hietzinger Amtsgebäude aufgelassen. Die dadurch frei gewordenen Räume konnten dem

Jugendamte zurückgestellt werden. Die Wiedererrichtung des Bezirksamtes Hietzing ersparte der Bevölkerung den weiten Weg nach Meidling und unnötigen Zeitverlust.

Die landschaftliche Eigenheit Hietzings kommt auch in der Verwaltungstätigkeit zum Ausdruck. In den vielen Kleingärten dieses Bezirkes wird eine große Zahl von Kleintieren gehalten. Auch einige hundert Großtiere gibt es im Bezirk. In den Tagen des Kampfes um Wien, da sowohl Flüchtlinge, als auch abziehende und anrückende Truppen Vieh mit sich führten, war die Gefahr von Tierseuchen hier besonders groß. Die Maul- und Klauenseuche fand in diesem Bezirk größere Verbreitung, was entsprechende Bekämpfungsmaßnahmen durch die Veterinäramtsabteilung notwendig machte.

Eine wichtige Arbeit erwuchs der Bezirksvorstehung durch die Einrichtung des Bezirksaufbringungsausschusses, der die Aufbringungsgeschäfte auch für den 12. Bezirk zu erledigen hatte.

14. Bezirk.

In den ersten Apriltagen 1945 umklammerten sowjetische Kampftruppen die Stadt im Süden und stießen über den Lainzer Tiergarten, die Wientalstraße, die Linzer- und Hütteldorfer Straße in östlicher Richtung vor. Hütteldorf, Baumgarten, Breitensee und Penzing wurden in den späten Abendstunden des 7. April besetzt. Ein anderer Teil der Sowjetarmee trug den Kampf gegen den Westen vor; im Raum von Hadersdorf-Weidlingau und Purkersdorf dauerten die Kampfhandlungen vom 6. bis 11. April. Vorher hatten die zurückgehenden deutschen Truppen nahezu sämtliche Wienflußbrücken im Bereich des 14. Bezirkes und die Überfahrungen der Westbahn größtenteils zerstört und dadurch nachhaltigen Schaden angerichtet, der sich insbesondere auf die Verpflegung der Stadt auswirkte.

In dieser Zeit hatte jeder Amtsbetrieb ausgesetzt. Sehr bald aber trat die in Wien verbliebene Angestelltenschaft wieder den Dienst an und stellte sich dem von der russischen Besatzungsmacht eingesetzten Bezirksbürgermeister zur Verfügung. Im Amtsgebäude der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft für den 14. und 15. Bezirk wurde durch eine rasche Aufteilung des Personals und der Amtsräume ein gesonderter Amtsbetrieb für jeden dieser Bezirke eingerichtet. Der ungeheure Andrang von Hilfesuchenden — oft mehrere tausend Personen an einem Tag — ließ anfänglich einen geordneten Amtsbetrieb nicht aufkommen. Am 10. Mai 1945 ist dem 14. Bezirk in dem Gebäude 14., Breitenseer Straße 31—33, in dem vorher eine nationalsozialistische Haushaltsschule untergebracht war, ein eigenes Amtshaus erstanden.

Zunächst wurden die Verwaltungsgeschäfte der Bezirksvorstehung und des Bezirksamtes noch gemeinsam besorgt. Allmählich schieden sie sich aber und mit der Ernennung eines Bezirksamtsleiters am 31. Oktober 1945 war die Trennung zwischen dem Wirkungskreis des Bezirksvorstehers und dem des Bezirksamtes vollständig.

Am 16. April 1946 wurde entsprechend dem Wahlergebnis vom November 1945 die Bezirksvorstehung neu gebildet. Bezirksvorsteher wurde Anton *Figl* (SPÖ), zu dessen Stellvertreter wurde Josef *Grünzweig* (ÖVP) ernannt. Die Hauptsorge von Bezirksvorstehung und Bezirksamt war auf die Abstellung der Kriegsschäden gerichtet. 16 Brücken sowie die Bahndurchlässe im Bezirk wurden wieder benützbar gemacht und die Wasserschutzbauten im Wienfluß sowie am Rosenbach wiederhergestellt.

Amtsstelle Hadersdorf-Weidlingau.

Wenngleich die Gebiete von Hadersdorf-Weidlingau und Purkersdorf seit dem 1. Oktober 1938 einen Bestandteil des 14. Bezirkes bilden, behandelten die Verwaltungsstellen der Sowjetarmee diese Bezirksteile vom Anfang an als selbständige Verwaltungskörper und errichteten in Purkersdorf eine eigene Ortskommandantur, die ihre Befehlsgewalt über Hadersdorf-Weidlingau, Purkersdorf und Mauerbach erstreckte. Infolge dieser Spaltung des 14. Bezirkes in das Altgemeindegebiet und das neueingemeindete Gebiet wurde in Hadersdorf-Weidlingau und in Purkersdorf je eine eigene provisorische Gemeindeverwaltung konstituiert. Während sich die provisorische Gemeindevertretung von Hadersdorf-Weidlingau der dortigen Amtsstelle des Magistratischen Bezirksamtes bediente, die am 19. April 1945 ihren Dienstbetrieb wieder aufgenommen hatte, blieb die provisorische Gemeindevertretung von Purkersdorf auf sich allein gestellt. An diesem Zustand hat auch die neue Zoneneinteilung Wiens nichts geändert, obgleich nunmehr der 14. Bezirk, allerdings nur innerhalb der Stadtgrenzen von 1937 in die französisch verwaltete Zone fiel.

Die erste Aufgabe der Amtsstelle war die Anlegung einer Einwohnerkartei von Hadersdorf-Weidlingau. Die frühere Kartei war vor dem Anmarsch der Sowjetarmee von der deutschen Polizei verbrannt worden. Mitte Juni 1945 stellte die provisorische Gemeindevertretung ihre Arbeit ein und von den drei politischen Parteien wurde ein Ortsausschuß mit einem Vorsitzenden eingesetzt, der zusammen mit der Amtsstelle amtierte. Im November 1945 versuchten die politischen Parteien, einen Gemeinderat mit einem Bürgermeister zu konstituieren, doch wurde dieser Vorgang von der Besatzungsmacht abgelehnt und der Amtsstellenleiter zum Bürgermeister von Hadersdorf-Weidlingau ernannt.

Ende Dezember 1945 wurde von der russischen Ortskommandantur für den Raum Hadersdorf-Weidlingau, Purkersdorf und Mauerbach ein „Oberbürgermeister" eingesetzt, der sich später „Bezirksvorsteher des Bezirkes 14 a" nannte. An Stelle des Amtsstellenleiters übernahm Johann *Korab* das Amt eines Bürgermeisters von Hadersdorf-Weidlingau. Dieser veranlaßte den Bau von zwei Hilfsstegen an Stelle der gesprengten Wienbrücken und verteilte an Bedürftige Geldbeihilfen und auch Lebensmittel, die von der Polizei bei den Fahrzeugüberprüfungen beschlagnahmt worden waren. Die Mittel zum Bau der Stege sowie für die Fürsorgeunterstützungen wurden durch eine Brückenbauspende und eine Fürsorgespende der Bevölkerung aufgebracht. Im August 1946 legte Ortsbürgermeister Korab sein Amt zurück, worauf der Amtsstellenleiter vom Ortskommandanten neuerlich als Ortsvorsteher eingesetzt wurde.

Amtsstelle Purkersdorf.

Im Ortsgebiet von Purkersdorf amtierte eine eigene Gemeindevertretung mit einem Bürgermeister (Ortsvorsteher) an der Spitze. Die sowjetische Ortskommandantur zog die Ortsvorstehung zu verschiedenen Aufgaben heran. Ihre Aufgabe war es unter anderem der Ortskommandantur Arbeitskräfte beizustellen und für die Anmeldung dieser Arbeiter bei der Krankenversicherung zu sorgen. Vor allem fiel ihr die Durchsetzung der Einquartierungsaufträge der Besatzungsmacht zu. Am 31. Juli 1947 wurde die Ortskommandantur Purkersdorf, die ihre Befehlsgewalt über die Orte Hadersdorf-Weidlingau und Purkersdorf ausgeübt hatte, aufgelassen und die Truppen

abgezogen. Damit fielen alle mit der Besatzung zusammenhängenden Verwaltungsgeschäfte weg.

Im Jahre 1947 wurde für das Ortsgebiet Purkersdorf eine eigene Amtsstelle des Magistratischen Bezirksamtes errichtet, die in der Kanzlei des Ortsvorstehers amtierte.

15. Bezirk.

In der Nacht vom 7. zum 8. April 1945 erreichten die ersten sowjetischen Panzer den Bezirk Fünfhaus. Sie stießen vom Westen her über die Sechshauser Straße, Mariahilfer Straße, Felberstraße, Märzstraße und Hütteldorfer Straße vor. Auf dem Mariahilfer- und Neubaugürtel waren Barrikaden errichtet und es kam dort zu heftigen Kämpfen; ebenso auch im Auer-Welsbach-Park, wo eine Flakabwehr aufgestellt war. SS-Truppen hatten den Westbahnhof und das nahegelegene Postamt 101 in Brand gesteckt. Da kurz vorher sämtliches Löschgerät weggeschleppt worden war, konnte ein so großer Feuerherd nicht gelöscht, ja nicht einmal eingedämmt werden, so daß beide Gebäude bis auf die Grundmauern ausbrannten. Die Schweglerbrücke wurde ebenfalls in Brand gesteckt, konnte aber durch den raschen Einsatz der Bewohner des Bezirkes soweit gerettet werden, daß sie wenigstens für Fußgänger passierbar war. In der Fortbildungsschule in der Hütteldorfer Straße war eine Abteilung des Volkssturmes eingeschlossen; sie wurde durch Sowjettruppen gefangen genommen und abgeführt. Sehr bald wurden an den Häusern Inschriften „keine Waffen, nur Zivil" angebracht und zum Teil auch weiße Fahnen gehißt. In den Parkanlagen am Gürtel lagen viele Tote und Verwundete. Die Toten wurden, in Papier gehüllt, gleich an Ort und Stelle beerdigt. Am Amtshaus der Bezirkshauptmannschaft, das im Gefechtsbereich der Artillerie lag, wurden durch einen Granateinschlag ein Turm sowie Teile des Daches stark beschädigt.

Kaum waren die Kämpfe vorüber, hatten auch schon die Plünderungen eingesetzt. Besonders am Westbahnhof wurden volle Güterzüge, die wertvolle Lebensmittel enthielten, vollständig ausgeraubt. Auch Textilien und andere Gebrauchsgegenstände fielen den Plünderern in die Hände. In einigen Bezirksteilen wurden die Kaufläden ausgeraubt und auch da gingen Lebensmittel, Textilien, Lederwaren und andere Güter der Allgemeinheit verloren.

Eine Bezirkseigenheit bildete durch Monate hindurch das Flüchtlingsproblem. Hunderte Menschen warteten beim ausgebrannten Westbahnhof tagelang auf einen Zug. Hungrig, kampierten sie bei jeder Witterung im Freien. Eine rasch organisierte Behelfsausspeisung verpflegte täglich 2.000 bis 3.000 Personen. Erst Ende September 1945 konnten Flüchtlingslager in Schulgebäuden errichtet und damit eine halbwegs entsprechende Unterkunft geboten werden. Der Flüchtlingsstrom ebbte im Laufe des Jahres 1946 ab.

Durch die Flüchtlinge entstand für den Bezirk auch ein sanitäres Problem, das die besondere Aufmerksamkeit des Gesundheitsdienstes erforderte.

Mitte April wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht Johann *Klugmayer* zum Bezirksbürgermeister eingesetzt, der ausgedehnte Vollmachten besaß. Die Tätigkeit des Bezirksbürgermeisters umfaßte vorwiegend Wohnungs- und Geschäftsbeschlagnahmen, Konfiskationen aller Art und die Einweisung öffentlicher Verwalter in Betriebe ehemaliger Nationalsozialisten. Zur Durchführung dieser Verwaltungstätigkeit bediente er sich ehrenamtlicher Mitarbeiter, deren Zahl zwischen 20 und 40 schwankte. Sämtliche Verfügungen erfolgten formlos, Protokolle oder sonstige Aufzeichnungen fehlten, da die

ehrenamtlichen Kräfte keine Erfahrung in Verwaltungssachen besaßen. Die Zusammenarbeit des Bezirksamtes mit dem Amt des Bezirksbürgermeisters war durch diesen Umstand erschwert, dennoch wickelte sich der Amtsbetrieb ohne ernstliche Schwierigkeiten ab.

Am 23. Juli 1945 wurde eine Drei-Parteien-Verwaltung in der Bezirksvorstehung eingerichtet. Zum Bezirksvorsteher wurde Johann *Klugmayer* (KPÖ), zu Bezirksvorsteherstellvertretern Heinrich *Hajek* (SPÖ) und Ing. Heinz *Kallina* (ÖVP) bestellt. Auf Grund des Wahlergebnisses vom November 1945 wurde am 16. April 1946 Heinrich *Hajek* (SPÖ) mit der Funktion des Bezirksvorstehers und Eduard *Kuster* (ÖVP) mit der des Bezirksvorsteherstellvertreters betraut.

Bei der Einteilung Wiens in Besatzungszonen wurde Fünfhaus der französischen Besatzungsmacht zugeordnet, die am 1. August 1945 den Bezirk besetzte. Die Zusammenarbeit mit der französischen Kommandantur ist im allgemeinen gut, wenngleich der Bezirksvorstehung durch die Wünsche und Beschwerden der Kommandantur einerseits und der Bevölkerung andererseits große Arbeiten erwuchsen.

Über die Tätigkeit des Bezirksamtes für den 15. Bezirk liegt für die ganze Berichtszeit eine Arbeitsstatistik vor. Sie gibt ein aufschlußreiches Bild über die quantitative Inanspruchnahme einer Bezirksverwaltungsbehörde in diesen Jahren.

Geschäftsstücke	1945	1946	1947
Abgabesachen:			
Lohnsteuerkarten (Neuausfertigungen)	7.383	18.133	16.441
Lohnsteuerkarten (Berichtigungen)	660	2.410	4.514
Hundesteuer	1.064	2.958	2.777
Gewerbeangelegenheiten (insgesamt)	1.746	5.397	4.892
Bevölkerungswesen:			
Staatsbürgerschaftserklärungen	355	1.912	539
Einbürgerungsansuchen	825	3.347	129
Religionsangelegenheiten	195	213	249
Sonstige Verwaltungsangelegenheiten:			
Effektensicherstellungen	1	17	25
Anträge auf Sozialrenten	715	1.288	1.210
Jagdkarten und Fischereiausweise	13	67	54
Schlichtungsstelle	13	52	150
Kriegssachschaden-Akten	414	93	68
1. Pflichtanmeldungen gem. d. Vermögensentziehungs-Anmeldungsverordnung	—	552	68
2. Anmeldungen von Geschädigten gem. der Vermögensentziehungs-Anmeldungsverordnung	—	86	106
Wohnungs- und Möbelrechtsstelle-Akten	—	1.185	1.321
Kohlenkarten (Zahl der betreuten Haushalte)	—	52.438	50.835
NS-Registrierungsbescheinigungen	—	18.443	17.565
Geldabhebungsbestätigungen nach dem Schillinggesetz	—	9.604	18.940
Strafsachen	76	787	1.058
Kanzlei:			
Eingangsbuch (allgem. Teil)	110	279	292
Eingangsbuch (alph. Teil)	7.018	7.468	7.284
Strafeingangsbuch	76	787	1.058
Schreibstücke	1.632	3.468	4.480
Auskünfte (schätzungsweise)	3.300	4.600	7.500

Außerdem waren noch 20.844 Petroleumscheine, sowie 8.270 Petroleum- und Treibstoffkarten auszufertigen.

16. Bezirk.

Am 13. April 1945 wurde von der Ortskommandantur der Roten Armee Theobald *Wiesinger* als Bezirksbürgermeister eingesetzt, dem 3 Beamte, 4 Angestellte und etwa 20 ehrenamtliche Mitarbeiter zur Seite standen. Der Bezirksbürgermeister hatte alle Bäckereibetriebe und deren Lager an Mehl sowie alle Milchmeier zum Zwecke der Feststellung des Bestandes an Milchkühen zu erfassen. Durch diese Maßnahmen sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und die Zuweisung von Milch an Säuglinge und Kleinkinder gesichert werden. Da sich der Bestand an Milchkühen in den ersten Wochen der Besetzung rasch verringerte und die noch vorhandenen Lebensmittellager von den Besatzungstruppen requiriert wurden, konnte eine Brot- und Milchversorgung nur in geringem Ausmaß erfolgen. Um die Requisitionen der Truppen einzuschränken, wurden im Einvernehmen mit der Ortskommandantur vom Bezirksbürgermeister Geschäfte namhaft gemacht, in denen allein die Besatzungsangehörigen einkaufen konnten. Für die Revision und Sicherstellung der Warenvorräte wurde vom Bürgermeisteramt eine Wirtschaftspolizei und außerdem aus dem Stande der Kaufmannschaft eine Lebensmittelpolizei errichtet. Die Wohnungen der geflüchteten Nationalsozialisten wurden aufgenommen und neue Mieter in diese Wohnungen eingewiesen. Die Möbel und sonstigen Fahrnisse in den Wohnungen wurden inventarisiert und, wenn es der neue Wohnungsmieter verlangte, abtransportiert. Eine vom Bezirksbürgermeister eingesetzte Kommission sprach diese Möbel ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager, Bombengeschädigten und sonstigen Bedürftigen zur leihweisen Benützung zu. Eine zweite Kommission wurde für die Gewerbebetriebe des Bezirkes eingesetzt, um, wenn erforderlich, einen öffentlichen Verwalter zu bestellen. Über diese Tätigkeit mußte der Ortskommandantur regelmäßig berichtet werden.

Die Beamten der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft trafen indessen Vorbereitungen, den Dienst wieder in das normale Geleise zu bringen. Sie haben eine ordentlich geführte Kanzlei eingerichtet, Referate eingeteilt, so daß am 4. Mai 1945, als die ersten zentralen Weisungen der Magistratsdirektion eintrafen, das Magistratische Bezirksamt den Dienst ohne Schwierigkeiten aufnehmen konnte. Als im September 1945 die Sowjettruppen abzogen und französische Truppen Ottakring besetzten, ließ die Beeinflussung der Verwaltung merklich nach. Die französische Besatzungstruppe legte großen Wert darauf, daß der Schutt möglichst rasch entfernt werde. Das Einvernehmen mit den französischen Besatzungsbehörden war stets klaglos.

17. Bezirk.

Am 11. April 1945 wurde über Anordnung der damaligen sowjetischen Ortskommandantur ein Bezirksbürgermeister gewählt. Die Wahl fand vor dem Gebäude der ehemaligen Kreisleitung der NSDAP auf dem Parhamerplatz statt. Mittels Akklamation wurde Alois *Brunner* zum Bezirksbürgermeister und Alexander *Jäger* zu seinem Stellvertreter gewählt. Dem Bezirksbürgermeister stand ein Stab von ehrenamtlichen Mitarbeitern zur Seite, der zeitweise einen Stand bis zu 160 Personen erreichte. Im Amte des Bezirksbürgermeisters gab es folgende Abteilungen: Arbeitsamt, Fahrbereitschaft, Kulturreferat, Gewerbereferat, Gesundheitsamt, Verpflegungslager, Markt-

amt, Veterinäramt, Bauamt, Wirtschaftsamt, Standesamt, Wohnungsamt, Hauslistenreferat, Möbelvergebung und Textilsammelstelle, Wohlfahrtsamt und Volkssolidarität.

Im Mai 1945 wurden dem Bezirksbürgermeister zwei Parteienvertreter als Stellvertreter beigegeben, und zwar von der SPÖ Leopold *Pernerstorfer* und von der ÖVP Friedrich *Goos*. Mit der Wiedereinführung der Wiener Stadtverfassung hat der Wiener Bürgermeister den Bezirksvorsteher und dessen Stellvertreter am 26. Juli 1945 neu bestellt. Bezirksvorsteher wurde Alois *Brunner* (KPÖ), 1. Stellvertreter Leopold *Pernerstorfer* (SPÖ), 2. Stellvertreter Klaus *Kammermayer* (ÖVP). Ende August wurde der größte Teil der ehrenamtlichen Mitarbeiter verabschiedet, 20 von ihnen wurden in den Gemeindedienst übernommen. Am 16. April 1946 wurde nach dem Wahlergebnis vom November 1945 Leopold *Pernerstorfer* (SPÖ) zum Bezirksvorsteher und Franz *Troppmann* (ÖVP) zu dessen Stellvertreter eingesetzt.

Die Befehle der sowjetischen und später der amerikanischen Besatzungsmacht waren in der Hauptsache auf statistische Auskünfte über die Lebensmittelversorgung, auf sanitäre Maßnahmen und auf die Quartierbeschaffung für Militärpersonen gerichtet. Vorschläge der Besatzungsmacht zur Beschleunigung der Schuttabfuhr wurden mit dem Begehren um Beistellung von Transportmitteln beantwortet. Die Besatzungsmacht hat daraufhin in größerer Zahl Transportmittel beigestellt und am 14. November 1946 war die Schuttabfuhraktion im Bezirk beendet. Über die Tätigkeit der Bezirksvorstehung mußte wöchentlich an die Bezirksstelle des Military Government berichtet werden.

Vom selbständigen Wirkungsbereich der Bezirksvorstehung sind die Arbeiten der Orts- und Gebietskommission für die Aufbringung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Mitwirkung bei der Erfassung der Weinernte und Kontrolle der Weinablieferung hervorzuheben. Zur Verhinderung unbefugter Bauführungen in den Kleingartengebieten des Bezirkes war eine Siedlungs- und Kleingarten-Kontrollkommission tätig.

Das Magistratische Bezirksamt versah seinen Dienst im Gebäude 18., Martinstraße 100 sowohl für den 17. als auch für den 18. Bezirk. Dem Wunsch des Bezirksbürgermeisters von Hernals entsprechend, der auf Errichtung eines selbständigen Bezirksamtes in seinem Amtsbereich drängte, wurde eine vorerst dem Magistratischen Bezirksamt für den 17./18. Bezirk angeschlossene Expositur im Amtshaus 17., Elterleinplatz 14 geschaffen. Im Jahre 1947 wurde schließlich wieder ein eigenes magistratisches Bezirksamt für den 17. Bezirk errichtet. Der Parteienverkehr war in diesem Jahr äußerst rege und konzentrierte sich hauptsächlich auf die Registrierungsstelle für Nationalsozialisten, das Wirtschaftsamt und das Referat für die Ausstellung von Bestätigungen für die Abhebung von Geldbeträgen nach dem Schillinggesetz. Es wurden 9.731 Bescheinigungen über die Zu- oder Nichtzugehörigkeit zur NSDAP und 10.369 Bestätigungen für die Abhebungen von Schillingbeträgen ausgestellt. Beim Wirtschaftsamt sprachen 18.363 Parteien vor. Außerdem wurden 35.323 Brennstoffkarten ausgegeben. Die Schlichtungsstelle für Mietzinsstreitigkeiten hat im Jahre 1947 ihre Tätigkeit für Hernals in vollem Umfang aufgenommen. Zur Durchführung des landwirtschaftlichen Aufbringungsgesetzes wurde als verlängerte Hand des im 16. Bezirk tätigen Bezirksaufbringungsausschusses ein eigenes Referat errichtet, dem die Durchführung der Beschlüsse des Bezirksaufbringungsausschusses oblag.

18. Bezirk.

Am Sonntag, dem 8. April 1945, rückten Truppen der Roten Armee von der Rosensteingasse her in Währing ein. Schon früher hatten sich Widerstandsgruppen im Bezirk gebildet, von denen eine die Sprengung der Brücke über die Vorortelinie bei der Kreuzgasse verhinderte. Im Lindenhof versammelten sich die früheren Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei, in der Nähe des Czartoryskischlössels jene der Kommunistischen Partei und im Amtsgebäude der Währinger Bezirkshauptmannschaft einige Gegner der NSDAP unter der Führung des städtischen Beamten Alois Pühringer. Diese Gruppen fanden sich zu Beratungen zusammen. Der sowjetische Ortskommandant sprach den Wunsch aus, daß ein Komitee aus den drei politischen Parteien gebildet werde. Zum Vorsitzenden dieses Komitees wurde der städtische Beamte *Pühringer* gewählt, den die sowjetische Ortskommandantur am 14. April 1945 zum Bezirksbürgermeister bestimmte. Einige Tage später wurden Arbeitsgruppen gebildet, und zwar solche für Ernährung und Wirtschaft, Sicherheitswesen, Wohnungswesen, Transportwesen und Straßenreinigung, Gesundheit und eine Arbeitsgruppe Schule, Kultur und Personal. An der Spitze jeder Arbeitsgruppe stand ein politischer Referent und ein Sachbearbeiter.

Die Arbeitsgruppen Sicherheits-, Gesundheits- und Ernährungswesen begannen als erste mit ihrer Arbeit. Die Hauptaufgabe der Gruppe Sicherheit war es, die Lebensmittelgeschäfte vor Plünderungen zu bewahren und Ausschreitungen zu verhindern. Einen schweren Dienst hatte die Gruppe Gesundheitswesen. Zuerst hatte sie für die Beerdigung der Toten im Bezirk zu sorgen. Auf Handwagen und Pferdestreifwagen wurden die Verstorbenen auf die nächst gelegenen Friedhöfe gebracht. In dieser Zeit waren Schwerkranke ohne ärztliche Hilfe und ohne Medikamente; die Apotheken hatten gesperrt, die Krankenanstalten waren ohne Nahrungsmittel. Hier mußte rasch eingegriffen werden; es wurde ein Ärztedienst organisiert und Medikamente sichergestellt. Von den Meiereien des Bezirkes wurde für die Säuglinge die Milch abgeholt. Eine wichtige Aufgabe war der Gruppe Transport vorbehalten. Sie hatte nicht nur alle dringenden Fuhren im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung des Bezirkes zu besorgen, sie mußte auch das Holz für die Bäckereibetriebe, die Treibstoffe für die Fahrzeuge herbeischaffen. Die vielen Ausgebombten suchten in Wohnungen der geflüchteten Nationalsozialisten unterzukommen. Um eine Verteilung des vorhandenen Wohnraumes zu gewährleisten, die der tatsächlichen und sozialen Bedürftigkeit der Wohnungswerber entsprach, wurden Vertreter der drei politischen Parteien namhaft gemacht, die dem politischen und Sachreferenten in der Gruppe Wohnungswesen zugeteilt wurden.

Der Wiederaufnahme des Schulbetriebes standen große Hindernisse im Wege. Ein Teil der Lehrkräfte war noch außerhalb Wiens, ein anderer Teil konnte wegen seiner nationalsozialistischen Einstellung für die Kindererziehung im demokratischen Staate nicht verwendet werden. Dazu waren viele Schulgebäude von Bomben beschädigt. Bei der Einrichtung des Schulunterrichtes mußte auch auf die Ernährung der Schulkinder Bedacht genommen werden.

Seit dem Spätherbst 1944 funktionierte die Hauskehrichtabfuhr im Bezirke nur sehr mangelhaft. Um den überall in den Straßen herumliegenden Kehricht zu beseitigen, rief der Leiter der Arbeitsgruppe Transport und Straßenreinigung zur Bildung von Hausgemeinschaften auf. In den ersten Tagen nach

dem Ende der Kampfhandlungen wurden die vielen kleinen Müllhaufen an bestimmten Plätzen zusammengetragen. Alle verfügbaren Handkarren wurden für diesen Zweck eingesetzt. An Sonntagen wurden Großaktionen zur Müllbeseitigung organisiert.

Das Schwergewicht der Bezirksverwaltung lag in dieser Zeit bei dem vom Ortskommandanten eingesetzten Bezirksbürgermeister. Der Dienstbetrieb in der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft für den 17./18. Bezirk wurde zwar in den Apriltagen 1945 wieder aufgenommen, doch bediente sich das Amt des Bezirksbürgermeisters überwiegend amtsfremder Personen. Das Bezirksamt, dessen Beamten und Angestellten man zunächst vielfach mit Mißtrauen begegnete, führte in den ersten Wochen der Besetzung Wiens lediglich eine Art Scheindasein. Erst allmählich wurde durch engere Zusammenarbeit mit den Bezirksbürgermeistern des 17. und 18. Bezirkes eine Plattform gefunden, um eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Handhabung der Dienstobliegenheiten zu erreichen.

Nach dem Wiederinkrafttreten der Wiener Gemeindeverfassung wurde zum Bezirksvorsteher Rudolf *Sigmund* (SPÖ) und zu Stellvertretern Hans *Tully* (ÖVP) und Rudolf *Wickitensky* (KPÖ) ernannt. Nach der Wahl vom November 1945 übernahm Dr. Friedrich *Holomek* (ÖVP) das Amt eines Bezirksvorstehers und Wilhelm *Helm* (SPÖ) das eines Bezirksvorsteherstellvertreters.

Im Jahre 1947 wurde eine Kriegsgefangenenkommission eingerichtet, die 508 Heimkehrer mit Geldaushilfen unterstützte.

19. Bezirk.

Am Sonntag, dem 8. April 1945, zogen die ersten Sowjettruppen in Döbling ein, einen Tag später erschienen sie im Döblinger Amtshaus, das sie durchsuchten. Die Ortskommandantur hatte für Döbling als Bezirksbürgermeister Karl *Mark* und zu seinem Stellvertreter *Dr. Strohschneider* (ÖVP) eingesetzt, außerdem wurde für das Gebiet von Grinzing und Neustift am Walde je ein Ortsbürgermeister bestellt. Später wurde eine aus Vertretern der drei Parteien zusammengesetzte Bezirksvorstehung geschaffen. Zum Bezirksvorsteher wurde Karl *Mark* (SPÖ), zum 1. Stellvertreter Karl *Lang* (KPÖ) und zum 2. Stellvertreter Ing. Otto *Rieger* eingesetzt. Nach der Wahl vom November 1945 wurde entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien im 19. Bezirk der Vertreter der Sozialistischen Partei Karl *Schwendner* zum Bezirksvorsteher und der Vertreter der Österreichischen Volkspartei Anton *Labschütz* zum Bezirksvorsteherstellvertreter ernannt.

Die Tätigkeit des Magistratischen Bezirksamtes war durch längere Zeit vollkommen lahmgelegt, da alle Verwaltungsgeschäfte vom Bezirksbürgermeister und seinen Ausschüssen besorgt wurden. Die dringlichsten Aufgaben waren zu dieser Zeit die Sicherstellung der Ernährung, die Beerdigung der bei den Kämpfen getöteten Personen, die Bereitstellung von Wohnungen und die Freimachung der Verkehrswege.

Nach der definitiven Einrichtung der Bezirksvorstehungen in Wien wurde auch in Döbling die vor dem Jahre 1938 ausgeübte Kompetenz der Bezirksvorstehung rückübertragen. Durch den unmittelbaren Verkehr der sowjetischen Besatzungsmacht mit dem Bezirksvorsteher ergaben sich für das Magistratische Bezirksamt keinerlei Schwierigkeiten. Mit dem Übergang des 19. Bezirkes in die amerikanische Zone änderte sich dieser Zustand. Die Anordnungen und Wünsche der Besatzungsmacht wurden unmittelbar dem

Magistratischen Bezirksamt bekanntgegeben. Auf dem Gebiete der NS-Registrierung ergaben sich häufig Sonderwünsche des amerikanischen Hauptquartiers und seiner Nebenstelle. Sie begehrten Auskünfte über die von Nationalsozialisten besetzten Wohnungen und verlangten in diesem Zusammenhang oftmals nach Namen und Adressen geordnete Listen illegaler und einfacher Parteimitglieder usw. Auch auf die Entnazifizierung des Personals der im 19. Bezirk befindlichen städtischen Dienststellen nahmen sie Einfluß; in der Entnazifizierungskommission waren zwei Vertreter des amerikanischen Hauptquartiers anwesend. In der letzten Zeit hatte aber diese Einwirkung auf die Verwaltung fast zur Gänze aufgehört.

In kanzleitechnischer Hinsicht wurde eine Reihe von Neuerungen eingeführt. Der Betriebsanlagekataster, der während der Kriegsjahre vernachlässigt und nahezu unbrauchbar geworden war, wurde im Jahre 1947 wieder in Ordnung gebracht, womit auch eine Begehung aller in Frage kommenden Betriebe des 19. Bezirkes verbunden war. Die Arbeit in den Räumen des Amtshauses litt aber sehr unter der Raumenge. Bei einem Luftangriff am 10. Dezember 1944 war das Amtshaus für den 19. Bezirk, 19., Gatterburggasse 14, schwer getroffen worden. Hiebei wurden 28 Amtsräume unbenützbar und deren Inventar fast vollständig vernichtet. Der Wiederaufbau konnte noch nicht erfolgen und so war das Amt höchst mangelhaft und unzulänglich in dem bis dahin vom Bezirksgericht Döbling benutzten Hintertrakt des Gebäudes Wien, 19., Gatterburggasse 12, untergebracht.

20. Bezirk.

Am 12. April 1945 drangen die Truppen der Roten Armee vom 2. und 9. Bezirk kommend in den 20. Bezirk ein. Vorher hatten SS-Verbände Fabriken und Magazine in Brand gesteckt. In der N.-Ö. Molkerei und im Winarsky-Hof wurden etwa 39 fremdländische Zwangsarbeiter von der SS erschossen. In vielen Betrieben kam es zu Plünderungen. Die Magazine am Handelskai, die N.-Ö. Molkerei, Schuh- und Lederfabriken und viele kleinere Geschäftsläden wurden von Zivilpersonen ausgeplündert. Am 13. April wurde nur mehr an der Floridsdorfer Brücke gekämpft, wo SS-Verbände den Übergang für die zurückweichenden Truppen sicherten. Eine russische Fliegerbombe fiel in die N.-Ö. Molkerei, wohin sich eine Polizeitruppe zurückgezogen hatte und tötete 39 Männer. Sämtliche in die Brigittenau führenden Brücken wurden gesprengt, passierbar blieb trotz Sprengung nur die Friedensbrücke. Die Greisenecker-Schule und das Brigittaspital wurden von den Sowjettruppen zur Unterbringung ihrer Kranken und Verwundeten herangezogen.

Am zweiten Tag der Besetzung bestellte der sowjetische Ortskommandant den städtischen Beamten Ing. Hugo *Wolf* zum Bezirksbürgermeister. Aus den Reihen der drei politischen Parteien hatten sich dem Bezirksbürgermeister 30 freiwillige Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Diese bildeten verschiedene Verwaltungsausschüsse, so ein Komitee für Wohnungsangelegenheiten, ein Komitee für die Ernährungsfragen und ein Komitee für die Bestellung von Fuhrwerk. Ein Arbeitseinsatz aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP bestattete die in den Straßen liegenden Toten und beseitigte die Pferdekadaver. Der öffentlichen Sicherheit diente eine aus 80 Mann bestehende Hilfspolizeitruppe. Für die Polizeimannschaft, die freiwilligen Helfer des Bürgermeisteramtes, für die Arbeitseinsatzstellen sowie für die Belegschaften von Betrieben, die Aufräumungsarbeiten leisteten, wurden Werkküchen eingerichtet. Eine umfangreiche Tätigkeit entwickelten die Funktionäre des Aus-

schusses für Wohnungsangelegenheiten, die nach dem 14. April 1945 etwa 1400 Einweisungen durchgeführt haben.

Ende Juli 1945 wurde an Stelle von Bezirksbürgermeister Wolf Karl *Michal* (SPÖ) mit den Geschäften eines Bezirksvorstehers betraut, dem als Stellvertreter je ein Angehöriger der ÖVP und KPÖ beigegeben waren. Nach den Wahlen vom November 1945 wurde entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis eine neue Bezirksvorstehung bestellt. Zum Bezirksvorsteher wurde neuerlich Karl *Michal* (SPÖ) ernannt, Stellvertreter wurde Karl *Klier* (ÖVP).

Der Schuttabfuhr hat die Bezirksvorstehung ihr besonderes Augenmerk zugewendet. Bei Kriegsende lagen im 20. Bezirk etwa 98.000 m³ Schutt, Ziegel und Schrott. Im Jahre 1945 wurden von 3004 freiwilligen Mitarbeitern 118.000 Arbeitsstunden, von 502 Personen des NS-Einsatzes 37.000 Arbeitsstunden geleistet. In diesem Jahre wurden 41.670 kg Schrott und 215.700 kg Ziegel gelagert, außerdem 12.961 m³ Schutt und 10.506 m³ Müll weggeführt.

Mangels Materials war die Wiederherstellung der öffentlichen Beleuchtung zunächst nicht möglich. Die Bezirksvorstehung wendete sich an die Hausinhaber, eine provisorische Beleuchtung bei den Haustoren anzubringen. Ende 1947 waren an 968 Häusern Torbeleuchtungen installiert.

In den Jahren 1945 und 1946 fanden zwischen der Bezirkkommandantur und der Bezirksvorstehung allwöchentlich Besprechungen statt. Es ist gelungen, die im Jahre 1945 von der Besatzungsmacht beanspruchten Gebäude bis auf das Brigittaspital wieder freizubekommen. Von der Besatzungsmacht wurde im Jahre 1946 eine Literaturreinigungskommission eingesetzt; 1500 Bücher wurden beschlagnahmt.

Die Kriegsgefangenenkommission bei der Bezirksvorstehung erzielte bei ihrer Sammlung ein Erträgnis von 80.877 S. An die Heimkehrer wurden im Jahre 1947 28.960 S verteilt. An 1141 Heimkehrer von zwei Transporten wurde je ein Paket mit Obst, Keks, Wurst, Striezel und Zigaretten ausgegeben.

Das Magistratische Bezirksamt für den 20. Bezirk wurde mit Verfügung des Bürgermeisters vom 12. November 1947 wieder als selbständige Verwaltungsstelle geschaffen. Bereits am 10. November 1947 bezog die neue Dienststelle die Amtsräume im Gebäude 20., Brigittaplatz 10. Das Amtsgebäude wurde im Jahre 1944 bei einem Bombenangriff schwer beschädigt. Die Wiederherstellungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen, so daß mangels an Amtsräumen die Stadtkasse und das Marktamt vorläufig noch weiter im Amtshaus 2., Karmeliterplatz 9 verblieben. Die Bezirksvorstehung, das Fürsorgeamt, das Gesundheitsamt, das Wirtschaftsreferat, das Veterinäramt und die Außenstelle des Wohnungsamtes mußten vorderhand noch in den Privathäusern Jägerstraße 30 und Karl Meisel-Straße 1 untergebracht werden.

21. Bezirk.

Als die Rote Armee in den ersten Tagen des Monats April 1945 im Anmarsch auf Wien war, setzten die abziehenden deutschen Truppen einen großen Teil der Betriebe, das Amtshaus Am Spitz 1, die ehemaligen Parteilokale der NSDAP sowie die Floridsdorfer Marktverkaufsstände in Brand. Sprengkommandos zerstörten den Bisambergsender und sprengten die Nordwestbahn-, Nordbahn-, Ostbahn- und Floridsdorferbrücke über die Donau, sowie die Kagranerbrücke über die Alte Donau. Nur die Reichsbrücke blieb als einziger Verbindungsweg zwischen Floridsdorf und dem übrigen Stadt-

gebiet. Am 15. April rückte die sowjetische Wehrmacht in Floridsdorf ein. Von der Besatzungsmacht wurde der Arzt *Dr. Koch* zum Bezirksbürgermeister ernannt, aber auch in Bezirksteilen, wie Leopoldau, Donaufeld, Kagran, Kaisermühlen, Jedlesee, Strebersdorf, Stammersdorf und am Bruckhaufen entstanden sogenannte Bürgermeisterämter. In den Randgemeinden bildeten sich Ortsvorstehungen. Dem Bezirksbürgermeister Dr. Koch standen als Vertreter der Sozialistischen Partei Konrad *Lötsch* und als Vertreter der Kommunistischen Partei G. *Wasylow* zur Seite. Zur Bewältigung der dringlichsten Arbeiten bestanden 14 Unterämter und Referate, in denen bis zu 414 ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt waren. Da das Amtshaus Am Spitz zerstört war, mußten diese Dienststellen in verschiedenen anderen Gebäuden, die zum Teil selbst beschädigt waren, untergebracht werden. Die Kartenstellen wurden reaktiviert und für die Zwecke des Ernährungswesens wurde am 15. Mai 1945 eine Einwohnerverzeichnung durchgeführt. Der Andrang zu den Verwaltungsstellen war in den ersten Monaten nach dem Kriege ungemein groß und es bedurfte der energischen Anstrengungen der städtischen Bediensteten wie der ehrenamtlichen Mitarbeiter, um den unzähligen Wünschen und Fragen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Da sämtliche Kabel- und Wasserleitungen infolge der Sprengung der Brücken zerstört waren, wurde in der Schwaigergasse ein provisorisches Elektrizitätswerk, im Wasserpark ein Quellpumpwerk in Gang gesetzt. Dadurch konnte der elektrische Strom für lebenswichtige Betriebe des Bezirkes und der Wasserbedarf für die Bevölkerung halbwegs sichergestellt werden. In der Fännergasse wurde das Kanalpumpwerk repariert. Unter Vorsitz des Bezirksbürgermeisters Dr. Koch bildete sich ein Spitalskomitee. Es war beabsichtigt, das ehemalige Wehrmachtspital in Stammersdorf in ein Bezirksspital für Floridsdorf umzuwandeln. Es wurde eine Sammlung veranstaltet, die über 400.000 S erbrachte. Da die sowjetische Besatzungsmacht aber das Spital für ihre Zwecke beschlagnahmte, wurden die Arbeiten daran im September 1945 eingestellt. Die Besatzungsmacht hatte zur Unterbringung ihrer Mannschaften und Offiziere zahlreiche Häuser und Wohnungen der Zivilbevölkerung beschlagnahmt. In fast allen Betrieben wurden die Maschinen und Lagervorräte weggeführt. Passanten auf der Straße wurden von Militärpatrouillen aufgegriffen und zu Demontage- und Transportarbeiten herangezogen. Eine über Auftrag der Besatzungsmacht aus je zwei Parteienvertretern gebildete Wirtschaftssäuberungskommission übernahm die Säuberung der Betriebe von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Im Grenzgebiet Strebersdorf-Langenzersdorf, Stammersdorf, Wagramer Straße und Breitenleer Straße wurden auf Befehl der Bezirkskommandantur vier Straßensperren mit Schlagbäumen aufgestellt. Im Jedleseer Friedhof wurde für die Gefallenen der Roten Armee ein Grabmal errichtet, das am 1. November 1946 enthüllt wurde.

Zur Erfassung der Ernte wurden für die Randgemeinden Orts- und Bezirkskontrollausschüsse sowie Weinsteuerkommissionen gebildet. Durch Hofbegehungen wurden die Angaben der Landwirte überprüft. Zum Schutz der Fluren wurden für den Bezirk 60 Flurhüter bestellt. Eine nicht unwichtige Aufgabe war es, die Landwirte wieder an die Befolgung der Veterinärvorschriften zu gewöhnen. Der Arbeit des Amtstierarztes standen viele Hindernisse im Wege. Da ihm ein Amtsraum nicht zur Verfügung stand, mußte er den Amtsverkehr in eine Privatwohnung verlegen. Ohne Verkehrsmittel, ohne Amtsbehelfe mußte er einen weiten Verwaltungsbereich überwachen.

An Stelle der reichsdeutschen Veterinärvorschriften wurden wieder österreichische Vorschriften eingeführt. Dem Fürsorgeamt fiel als erste Aufgabe nach dem Kriege die Beschaffung von Milch für Säuglinge und Kleinkinder zu. Durch Erfassung der milcherzeugenden Betriebe war es bereits am 17. April 1945 möglich, an die Kinder des Bezirkes täglich ¼ Liter Milch abzugeben. Die Milch wurde auf Handwagen in die Verteilungsstelle gebracht. Ebenso konnten bereits im Monat April 1945 die ersten Geldaushilfen an die Bedürftigen des Bezirkes ausgegeben werden. Aus Spenden wurden bei der ersten Auszahlung am 28. April 1945 39.340 S an 883 Hilfsbedürftige verteilt.

Die Verbindung mit den Zentralstellen im Wiener Rathaus wurde erst im Juni 1945 wieder aufgenommen. Am 5. Juli 1945 konnten erstmalig Geldbeträge beim Rechnungs- und Kassendienst angesprochen werden. Die Organisation der Verwaltung mußte den durch die Besatzungsmacht neu geschaffenen Verhältnissen angepaßt und eine Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern in den Randgemeinden angebahnt werden.

Am 12. Februar 1946 hat Dr. Koch sein Amt niedergelegt und an seiner Stelle wurde Franz *Jonas* (SPÖ) als Bezirksvorsteher eingesetzt. Mit ihm wurden die provisorischen Bezirksräte und 173 Fürsorgeräte ernannt. Die „Bürgermeisterämter" von Leopoldau, Donaufeld, Kagran, Kaisermühlen, Jedlesee, Strebersdorf und Bruckhaufen wurden aufgelöst und ihre Arbeiten in der Bezirksvorstehung Floridsdorf zentralisiert. Am 8. April 1947 übersiedelte die Bezirksvorstehung vom Hause 21., Schwaigergasse 41 in das ehemalige Mautner-Markhof-Schlößl, 21., Prager Straße 33. Die Schillschule, die von der sowjetischen Ortskommandantur als Lazarett beschlagnahmt worden war, wurde der Bezirksvorstehung am 4. März 1947 zurückgestellt.

Die Militärbaracken des Stammersdorfer und Strebersdorfer Lagers wurden von der sowjetischen Wehrmacht abgetragen. Die von der Ortskommandantur ins Leben gerufene Wirtschaftssäuberungskommission wurde am 4. März 1947 aufgelöst.

Während in den Jahren vorher die Orts- und Bezirks-Kontrollausschüsse für die Totalablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu sorgen hatten, sieht das Bundesgesetz vom 19. März 1947 die Erfassung und Aufbringung von Kontingenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor. Vom Bezirksaufbringungsausschuß Floridsdorf wurden für 1947 folgende Mengen vorgeschrieben und aufgebracht:

Erzeugnis	Vorschreibung kg	Ablieferung kg	in Prozenten der Vorschreibung
Brotgetreide	1,621.004	1,085.630	67
Gerste	180.516	117.036	65
Hafer	74.384	36.847	49
Mais	131.494	106.471	81
Erdäpfel	5,853.500	3,503.200	60
Rinder	35.700	36.200	69
Kälber	6.300	3.639	
Schweine	44.100	19.952	
Schafe	160	—	
Milch[1])	214.988	160.089	74

[1]) Für Floridsdorf Jahreskontingent 1947, für Randgebiete Halbjahreskontingent 1947.

Die Versorgung mit Lebensmitteln bildete auch einen Gegenstand der Fürsorge. Wiederholt wurden Lebensmittelpakete aus diversen Spenden an über 65 Jahre alte Personen ausgegeben. Auch die in Dauerbefürsorgung

stehenden Personen über 70 Jahre erhielten monatlich Lebensmittelzubußen, ebenso Minderbemittelte, aber nicht in der Fürsorge stehende Personen.

Ende 1946 wurden Besprechungen mit der Schweizer Stadt Biel gepflogen, um die Not der Floridsdorfer zu lindern. Die Bieler führten eine Sammlung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen durch. 1.700 freiwillige Helfer stellten sich der Aktion „Biel hilft Floridsdorf" zur Verfügung. Die Sammlung brachte 26.414 kg Lebensmittel ein. Hievon erhielt das Floridsdorfer Krankenhaus 1.608 kg, die Tuberkulosen des Bezirkes 6.413 kg, 9.704 drei- bis vierjährige Kinder 11.160 kg, 5.525 Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren 5.525 kg, den Rest erhielten Kinderheime und Horte, Goldene Hochzeiter, Wohlfahrtsküchen und die im Großeinsatz während der Kälteperiode tätigen Straßen- und Kanalarbeiter. Die am 12. Mai 1947 eingegangene Bücherspende der Bieler wurde den Schulen des Bezirkes übermittelt. Gartengeräte wurden den bedürftigen Kleingärtnern überlassen. Vom 7. Februar bis 17. September 1947 langten aus Biel ein: 20.378 Bekleidungsstücke, 2.733 Paar Schuhe, 234 kg Wolle, 1.127 Hand- und Geschirrtücher, 65 Stück Bettwäsche und 132 Babywäschegarnituren. Mit diesen Spenden wurden 5.224 Hilfsbedürftige beteilt. Eingelangte Medikamente und medizinische Instrumente wurden dem Floridsdorfer Krankenhaus übergeben.

Dem offiziellen Vertreter der Akfion „Biel hilft Floridsdorf", Herrn Kunz, der Floridsdorf am 8. April 1947 besuchte, wurde der herzlichste Dank des Bezirksvorstehers übermittelt. Der freundlichen Einladung, die Stadt Biel zu besuchen, leisteten im September 1947 Stadtrat Afritsch, Bezirksvorsteher Jonas und Primarius Dr. Riese Folge. Der Stadt Biel wurde zum Dank und zur Erinnerung ein Ölgemälde von Floridsdorf des Malers Schatz, 30 Exemplare des Werkes „Wien baut auf" und 30 Holzschnitte übergeben. Die städtische Wohnhausanlage am Kinzerplatz 10 wurde am 30. September 1947 „Bielerhof" benannt.

Größere Bekleidungsspenden sind im Jahre 1946 aus verschiedenen ausländischen Kleidersammlungen eingelangt. Aus der kanadischen, schwedischen, schweizerischen Kleiderspende sowie aus den Spenden des Amerikanischen Roten Kreuzes, der amerikanischen Quäker und der UNRRA wurden in Floridsdorf 6.071 Personen mit 26.055 Kleidungsstücken beteilt.

Am 19. August 1947 konstituierte sich eine Kriegsgefangenenkommission des Bezirkes. An Spenden gingen 158.148 S und dazu größere Mengen Lebensmittel, sowie Wein und Zigaretten ein.

Die Floridsdorfer Kriegsgefangenenkommission hat den 1. Heimkehrertransport aus der Sowjetunion sowie einen Heimkehrertransport aus Jugoslawien beteilt. Für Kriegsgefangene in Jugoslawien wurden 80 Lebensmittelpakete abgeschickt. Die Kriegsgefangenenkommission hat im Jahre 1947 insgesamt 51.460 S an Heimkehrerunterstützungen ausgegeben.

Bei der Bezirksvorstehung bestand außerdem noch eine Schöffenkommission, eine Baukommission und eine Siedler- und Kleingartenkommission.

In der Nordrandsiedlung an der Seyringer Straße wurde eine dort befindliche, der Gemeinde Wien gehörige Baracke zu einer Notschule für das Siedlungsgebiet umgebaut. Die Kinder dieses Siedlungsgebietes brauchen dadurch nicht mehr zur weit entlegenen Schule in der Aderklaaer Straße zu gehen.

22. Bezirk.

Das Magistratische Bezirksamt für den 22. Bezirk wurde am 15. Jänner 1947 neu errichtet. Zu seinem Verwaltungsbereich gehört die Expositur

Kagran des Magistratischen Bezirksamtes für den 21. Bezirk, die die Gebietsteile Kaisermühlen, Kagran und Neukagran umfaßt. In Großenzersdorf wurde, den Bedürfnissen der umliegenden 13 Randgemeinden entsprechend, eine Amtsstelle des Magistratischen Bezirksamtes geschaffen.

Auf Grund einer zwischen Vertretern der Bundesländer Wien und Niederösterreich getroffenen Vereinbarung vom 4. Dezember 1946 stellte das Land Niederösterreich Beamte und Angestellte der Amtsstelle Großenzersdorf dem Magistratischen Bezirksamt für den 22. Bezirk zur Verfügung.

Das Munitionslager in Breitenlee wurde durch Einsatz von 4 Sprengmeistern und 8 Hilfskräften beseitigt.

Im Vordergrund stehen die Arbeiten des Bezirksvorstehers als dem Vorsitzenden des Bezirksaufbringungsausschusses und der 18 Ortsvorsteher als den Vorsitzenden der Ortsaufbringungsausschüsse um die Aufbringung der Ernte sowie von Fleisch, Milch und Eiern. Im März 1947 wurde die Landwirtschaft zu einem Notopfer aufgerufen. Bei dieser Gelegenheit wurden in sämtlichen Ortsvorstehungen Versammlungen abgehalten. Je Hektar sollten 30 kg Brotgetreide abgeliefert werden. Aufgebracht wurden 13 Zentner Roggen, 585 Zentner Weizen, 95 Zentner Gerste, 9 Zentner Hafer, 65 Zentner Mais und 100 Zentner Erdäpfel.

Über die Kontingentvorschreibungen und Ablieferungen im Jahre 1947 gibt die folgende Übersicht Aufschluß:

	Vorschreibung	Stand der Ablieferung am 31. XII. 1947	In Prozent der Vorschreibung
		Kilogramm	
Brotgetreide (Roggen und Weizen)	3,871.540	2,097.692	54
Gerste	796.840	515.566	65
Hafer	110.270	54.737	50
Körnermais	182.820	95.918	52
Kartoffeln	7,991.200	5,552.712	69
Eier	256.616	188.199	73
Rinder	65.450	59.072	90
	(385 Stück)	(288 Stück)	
Kälber	10.020	8.696	87
	(334 Stück)	(172 Stück)	
Schweine	58.850	34.992	59
	(840 Stück)	(395 Stück)	
Schafe	120	—	—
	(6 Stück)		

An Braugerste wurde ein zusätzliches Kontingent von 1.348·5 Zentner vorgeschrieben. Eine umfangreiche Arbeit ergab sich in diesen überwiegend agrarischen Bezirken bei den verschiedenen agrarstatistischen Erhebungen, von denen im Jahre 1947 insgesamt 11 durchzuführen waren.

Vom Hauptwirtschaftsamt wurden der Bezirksvorstehung Holzscheine für 6.490 m³ Holz zur Selbstschlägerung zugewiesen. Diese Scheine wurden an sämtliche Ortsvorstehungen ausgegeben.

Am 19. August 1947 hat sich im 22. Bezirk die Kriegsgefangenenkommission gebildet, die in der Zeit vom 22. August bis 29. September eine Sammelaktion durchführte. An Geldspenden gingen 109.500 S ein und dazu größere Mengen Tabakwaren, Lebensmittel und andere Bedarfsartikel. Die Kriegsgefangenenkommission des 22. Bezirkes betreute die Heimkehrer von zwei Transporten. Auf dem Bahnhof erhielt jeder Heimkehrer 10 Zigaretten,

1 Paket Lebkuchen, ½ kg Obst, 4 Semmeln mit 15 dkg Wurst, wozu insgesamt 6.040 Semmeln, 280 kg Wurst, 302 kg Lebkuchen und 755 kg Obst erforderlich waren. Jeder im Bezirk wohnende Heimkehrer erhielt eine Spende von 80 S, 5 kg Mehl und 5 kg Erdäpfeln. Je nach dem gesundheitlichen Zustand wurden an die Heimkehrer noch andere Lebensmittel ausgegeben. An Geldspenden wurden bis Ende 1947 33.680 S, außerdem für die Landaufenthaltsaktion 1.885 S ausgegeben. 186 Heimkehrer wurden in Spitälern betreut; jeder dieser Heimkehrer erhielt eine Flasche Wein, einen Striezel, 10 Zigaretten und 25 dkg Bäckereien. An 34 Kriegsgefangene in Jugoslawien wurden Weihnachtspakete abgeschickt, die Zigaretten, Keks, Wäschestücke, Rasierpinsel, Zahnbürsten, Kleiderbürsten u. a. enthielten.

23. Bezirk.

Der 23. Bezirk gehört zu den durch den Krieg am schwersten heimgesuchten Gebieten Wiens. Die Flugzeugfabriken in Fischamend und Schwechat waren häufig Bombenangriffen ausgesetzt, bei denen auch viele Wohnhäuser zerstört und beschädigt wurden. Im April 1945 wurden die Ortschaften des 23. Bezirkes Kriegsschauplatz. Hier waren einige Verteidigungslinien zum Schutze Wiens gebaut worden, um die ein heftiger Kampf entbrannte. Besonders schwer waren die Kämpfe um Himberg und um den Laaer Berg. Von der Schwere der Kämpfe zeugen die 600 toten Rotarmisten, die auf dem Himberger Friedhof bestattet sind. Eine Unzahl von Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden wurde durch die Artillerie in Brand geschossen. In Maria-Lanzendorf wurde die historische Wallfahrtskirche ein Raub der Flammen. Die abziehenden SS-Truppen hatten viele Fabriksgebäude und die meisten Brücken und Stege in die Luft gesprengt. Die Zerstörung der Fabriken bedeutete für die darin Beschäftigten den Verlust ihrer Arbeitsstätte und damit den ihres Einkommens. Durch ausgedehnte Plünderungen entstanden große Verluste an Vieh, Wagen, Geräten, Mobiliar, Wäsche und Wertgegenständen. Die Amtsstellen in diesen Gebieten berichten, daß nahezu alle Bauernhöfe und Arbeiterwohnungen im Jahre 1945 geplündert wurden. Eine beispiellose Verarmung der Bevölkerung war die Folge. Auch Raubüberfälle, Morde und Vergewaltigungen kamen vor. In Gramatneusiedl haben eine Anzahl von Arbeiterinnen Selbstmord verübt, um einer oder einer neuerlichen Vergewaltigung zu entgehen. Die allgemeine Unsicherheit war sehr groß, eine Fahrt nach Wien stets mit Gefahren verbunden. Dabei waren die Verkehrsverhältnisse sehr schlecht und die Amtsstellenleiter konnten das Magistratische Bezirksamt 11./23. meist nur zu Fuß erreichen. Eine schwere Last für die Bevölkerung stellten die Einquartierungen dar, denn es waren oft nicht nur die Soldaten, sondern auch deren Familien unterzubringen. In Himberg, Pellendorf und Gutenhof gab es zeitweise bis zu 4.000 Angehörige der Sowjetarmee, die versorgt werden mußten, in Gramatneusiedl waren Ende 1946 ungefähr 3.000 Angehörige der Roten Armee einquartiert. Kriegsschäden und Einquartierungen haben die Wohnungsnot in diesem Bezirk über alles Maß gesteigert. Die Besatzungsmacht forderte auch Arbeitsleistungen; so mußte auf ihre Anordnung das Flugzeugwerk in Fischamend vollständig niedergelegt werden, darunter auch Gebäude, die für Wohnzwecke geeignet gewesen wären.

Nach dem Einzug der sowjetischen Besatzungsmacht haben sich in den einzelnen Ortschaften des 23. Bezirkes unter Mitwirkung der drei politischen

Parteien Ortsvorstehungen gebildet, die die Verwaltungsgeschäfte im eigenen Wirkungskreis besorgten. Da gesetzliche Grundlagen für diese Verwaltungstätigkeit fehlten, ging es dabei nicht ohne Übergriffe ab. Nichtsdestoweniger haben sich die provisorischen Ortsvorstehungen und ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter in den verworrenen Zeiten nach Kriegsende große Verdienste um die Bevölkerung erworben, so namentlich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, des Gesundheitswesens und bei der Behebung verschiedener Notstände.

Im August 1945 hat der Wiener Bürgermeister den Bezirksvorsteher *Horn* mit der Führung der Verwaltungsgeschäfte des ganzen 23. Bezirkes betraut. Die Ortsvorsteher waren die örtlichen Hilfsorgane zur Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben. In den ehemaligen Gemeinden Neu- und Altkettenhof wurden keine Ortsvorsteher bestellt, diese zwei ehemaligen Gemeinden wurden dem Ortsvorsteher der ehemaligen Gemeinde Schwechat, die ehemalige Gemeinde Gutenhof dem Ortsvorsteher der ehemaligen Gemeinde Himberg unterstellt. Für die ehemaligen Ortsgemeinden Unterlaa, Oberlaa und Rothneusiedl, die nach dem vom Alliierten Rat noch nicht bestätigten Gebietsänderungsgesetz bei Wien verbleiben sollen, wurde ein provisorischer Bezirksrat eingesetzt. Dieser provisorische Bezirksrat wurde im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht der Bezirksvorstehung für den 10. Bezirk unterstellt. Die ehemalige Gemeinde Albern soll dem 11. Bezirk eingegliedert werden. Neben den Ortsvorstehungen bestehen eine Anzahl von Amtsstellen des Magistratischen Bezirksamtes für den 11./23. Bezirk. Eine Abtrennung der Verwaltungsbefugnisse des 23. Bezirkes erfolgte bei der Lebensmittelversorgung, die auf das Landesernährungsamt Niederösterreich überging.

Der Amtsverkehr mit den Besatzungsbehörden ist durch das Vorhandensein verschiedener Kommandanturen erschwert. Die meisten Ortschaften gehören zur Bezirkskommandantur Schwechat und damit zur Zentralkommandantur Niederösterreich. Hingegen gehört die Ortschaft Albern zur Kommandantur des 2. Bezirkes und die Ortschaften Unterlaa, Oberlaa und Rothneusiedl zur Kommandantur des 10. Bezirkes. Für die der niederösterreichischen Kommandantur unterstehenden Gebiete müssen zweimal monatlich eigene Berichte angefertigt werden. Die Zuständigkeit der landwirtschaftlichen Interessenvertretung ist wieder anders geregelt. So gehören die Ortschaften Moosbrunn, Velm und Gramatneusiedl nicht zur Bezirksbauernkammer Schwechat, sondern zu der von Ebreichsdorf. Diese Verschiedenheiten des Zuständigkeitsbereiches der verschiedenen Verwaltungskörper haben sich unvorteilhaft auf die Erledigung der Geschäfte ausgewirkt.

Eine weitere Erschwernis bildeten die äußerst ungünstigen Verkehrsverhältnisse. Der 23. Bezirk ist der größte Bezirk Wiens. Aber weder der Zugsverkehr der Eisenbahn, noch die Autobusverbindungen waren befriedigend. Einzelne Ortschaften entbehrten überhaupt jeder Verkehrsverbindung mit der Zentralstelle in Schwechat. Es bedurfte erst der Intervention des Bezirksvorstehers im Verkehrsministerium, um die Verhältnisse hier etwas leidlicher zu gestalten.

So groß auch die Schwierigkeiten in diesem Bezirk von allem Anfang an waren, haben die einzelnen Verwaltungsstellen — Bezirksvorstehung, Ortsvorstehungen und Amtsstellen — doch tatkräftig an der Beseitigung der Kriegsschäden und an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung gearbeitet. Obenan standen die Bemühungen um die Ernährung. Im Jahre 1945 gab es durch einige Wochen hindurch keine allgemeinen Lebens-

mittelzuteilungen. Die Lebensmittel mußten im Bezirk aufgebracht werden. Der Ernährungsdienst wurde neu organisiert, selbst eigene Lebensmittelkarten wurden für den Bezirk gedruckt. Die Ablieferung der vorgeschriebenen Getreidemenge wurde energisch betrieben. Nach der Einführung der Kontingentierung im Jahre 1947 waren vom Bezirksaufbringungsausschuß die Kontingente auf die einzelnen Ortschaften und landwirtschaftlichen Betriebe umzulegen. Das dem Bezirk auferlegte Kontingent war sehr hoch. Auf die einzelnen Landwirte aufgeteilt, überschritt es mitunter das Ernteergebnis, wie Druschkontrollen ergaben. Landwirte, denen ein Verstoß gegen die Ablieferungspflicht nachgewiesen wurde, hatten ohne Rücksicht auf Person oder Ansehen mit Anzeigen und Strafen zu rechnen. Sämtliche Ortschaften wurden von den „fliegenden Kontrollen" des Getreidewirtschaftsverbandes überprüft.

Als nächstwichtige Aufgabe wurde überall im Bezirk die Wiederherstellung der Brücken und Stege, zumindestens in behelfsmäßiger Weise forciert. In Fischamend war durch die Brückensprengung die Wasserleitung unterbrochen worden; einige Einwohner errichteten einen Notsteg, damit die Monteure die Wasserleitungsrohre über die Fischa legen konnten. Um das Pumpwerk der Wasserleitung in Betrieb setzen zu können, war elektrischer Strom nötig. Da das Flußbett der Fischa und die Turbinenanlage des Elektrizitätswerkes durch Bombenangriffe schwer beschädigt waren, fiel die Stromversorgung aus. Auch hier haben Männer Hand angelegt und nach vielen Hindernissen wurde am 19. Juni 1945 zur Freude der Bevölkerung die Wasserleitung in Betrieb gesetzt. Der weiteren Ausbreitung von Ruhr und Typhus konnte damit Einhalt geboten werden.

Die öffentliche Beleuchtung wurde notdürftig instand gesetzt. In den Hauptstraßen von Schwechat sind diese Arbeiten beendet, an anderen Orten begonnene Arbeiten mußten jedoch eingestellt werden, da das erforderliche Material nicht zur Verfügung stand. Die Feuerwehren wurden wieder aufgebaut, doch fehlt es noch immer an Feuerlöschgeräten. Schwechat besitzt eine eigene Rettungsstelle der Gemeinde Wien.

Die Dienststellenunterkünfte, die meistens ihres Inventars beraubt und von denen einige durch Kriegshandlungen beschädigt worden waren, wurden instand gesetzt. Das Amtsgebäude der Amtsstelle Schwechat, Wien 23., Hauptplatz 24, ist im Kriege vollständig zerstört worden, weshalb die Amtsstelle und mit ihr die Bezirksvorstehung in einem Privathaus untergebracht werden mußten. Im Jahre 1947 wurden die Mittel bereitgestellt, um die ehemalige Knabenvolksschule, 23., Schulplatz 9, für ein Amtsgebäude einzurichten. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, daß im Frühjahr 1948 die Bezirksvorstehung in dieses Gebäude übersiedeln konnte

Nach Intervention des Bezirksvorstehers wurde durch Erlaß der Magistratsdirektion vom 6. Juni 1947 ein selbständiges Magistratisches Bezirksamt für den 23. Bezirk eingerichtet, das am 12. Juni 1947 seine Tätigkeit aufnahm. Mit dem Wirksamwerden des Gebietsänderungsgesetzes soll das Magistratische Bezirksamt in eine Expositur Schwechat der n.-ö. Bezirkshauptmannschaft Bruck a. d. Leitha umgewandelt werden. Im Jahre 1947 hatte das Magistratische Bezirksamt für den 23. Bezirk insgesamt 4.070 Geschäftsfälle zu verzeichnen; hievon 1.029 in Gewerbe-, 320 in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten und 595 Auszüge aus den Heimatrollen, 210 Wohnrechtsangelegenheiten und 23 Kriegssachschäden betreffend. Ferner wurden 396 Strafakte, 22 Schlichtungsakte und 807 NS-Geschäftsstücke behandelt. Ausgestellt wurden: 1.989 NS-Bescheinigungen, 178 Lohnsteuerkarten,

78 Jagdkarten, 9.918 Bezugscheine für Holz und Kohle, 1.074 Berechtigungsscheine für Petroleum und Spiritus, 751 Bestätigungen für Geldabhebungen nach dem Währungsschutzgesetz und 246 Kassaanweisungen. Im Betreibungsbuch sind 33, im Giftprotokoll 3 Geschäftsfälle verzeichnet.

Die Amtsstellen weisen folgende Geschäftsfälle aus:

Amtsstelle	Haupteingangsbuch	Steuerkarten	Geldbestätigungen	Petroleumanweisungen
Himberg	721	181	222	836
Schwadorf	1.275	36	123	185
Oberlaa	1.004	126	544	2.725
Grammatneusiedl	1.048	147	644	1.973
Fischamend	1.044	103	443	121
Mannswörth	685	123	117	101
Maria Lanzendorf	953	88	298	529

24. Bezirk.

Der Bezirk Mödling wurde bereits im Jahre 1944 durch die Kriegsereignisse schwer mitgenommen. Im Gebiet der Hinterbrühl wurden die ersten Bomben abgeworfen, die Opfer an Menschenleben und beträchtlichen Sachschaden verursachten. In rascher Reihenfolge wurden darauf die Industriegebiete von Guntramsdorf und Brunn a. Geb. und des benachbarten 25. Bezirkes angegriffen. Nicht minder schwer waren die Kriegsschäden, die in den letzten Kämpfen um dieses Gebiet entstanden sind. Hilflos stand der größte Teil der Bevölkerung den neuen Ereignissen gegenüber. Doch fehlte es nicht an Versuchen, Abhilfe zu schaffen. Bereits während des Einmarsches der russischen Feldtruppen in Mödling konstituierte sich aus dem Kreise der Bevölkerung ein sogenanntes „Siebener-Komitee", das sich um die notdürftige Einrichtung einer Zivilverwaltung bemühte, um die bereits im Gange befindliche Auflösung jeglicher Ordnung zu bannen. Im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft für den 24./25. Bezirk wurde schließlich ein Dienst unter Heranziehung von ehrenamtlichen Mitarbeitern und wenigen zurückgekehrten Angestellten wieder aufgenommen. Um einen Überblick über den Stand der anwesenden Bevölkerung zu gewinnen, wurde sofort eine Zählung der Bevölkerung durchgeführt, bei der auch die Zahl der Wohnungen, der Viehbestand u. a. erhoben wurden.

Eine der ersten Aufgaben bestand darin, den Betrieb der Bäckereien wieder in Gang zu bringen, um Brot für die Bevölkerung zu beschaffen. Die nächsten Anstrengungen richteten sich auf die Schaffung eines Fahrparkes. Durch Requirierung von allerlei Fuhrwerken und die Einrichtung einer Fahrbereitschaft wurde es schließlich möglich, Milch für Kinder und Kranke nach Mödling zu bringen. Vorher waren bereits Bezugs- und Berechtigungsscheine für Bedarfsgegenstände, ja sogar Baustoffe, an Bedürftige und befugte Gewerbeberechtigte ausgegeben worden, um der Verschleppung und Plünderung der Warenlager zuvorzukommen. Trotz aller Bemühungen bei den häufig wechselnden Kommandanten konnte jedoch keine ausreichende Abhilfe erreicht werden. Hingegen ergingen zahlreiche Weisungen an das Amt, das oft bis in die späten Abendstunden von der Kommandantur in Anspruch genommen wurde. Auf Anordnung der Kommandantur erfolgte die Einsetzung von vier Säuberungskommissionen, deren Aufgabe die Außerdienststellung von ehemaligen NS-Angehörigen aus dem öffentlichen Dienste, aus dem Dienste bei Banken, Sparkassen und privaten Großbetrieben war.

Mit 1. Mai 1946 wurde die Amtsstelle Gumpoldskirchen wieder errichtet. Daneben besteht eine Ortsvorstehung mit 15 Mitgliedern. In den Kampftagen wurde das Gumpoldskirchener Rathaus samt seiner ganzen Einrichtung ein Raub der Flammen. Auch viele Wohn- und Wirtschaftsgebäude in der Mödlinger und Badener Straße wurden vernichtet. Die Weinvorräte aus der Ernte 1944 gingen zur Gänze verloren. Für den Wiederaufbau des Rathauses haben die drei politischen Parteien eine Ortssammlung durchgeführt. Mit den Bauarbeiten konnte im Jahre 1946 begonnen werden. Auch der schwerbeschädigte Südbahnhof wird bereits wieder hergestellt.

25. *Bezirk.*

Die gemeinsame Verwaltung des 24. und 25. Bezirkes wurde mit 1. Juni 1946 aufgehoben und in Liesing ein eigenes Magistratisches Bezirksamt errichtet. Mit den Vorarbeiten hiefür war bereits Ende 1945 begonnen worden. Dem Magistratischen Bezirksamt für den 25. Bezirk wurden die Amtsstellen der ehemaligen Ortsgemeinden Atzgersdorf, Breitenfurt-Laab am Walde, Erlaa, Inzersdorf, Kaltenleutgeben, Mauer, Perchtoldsdorf, Rodaun-Kalksburg, Siebenhirten und Vösendorf angegliedert. Für Laab am Walde bestand eine eigene Amtsstelle. Diese wurde aufgelassen und eine gemeinsame für Breitenfurt-Laab am Walde mit dem Sitz in Breitenfurt und Amtstagen in Laab errichtet. Ebenso wurde für die früheren Ortsgemeinden Rodaun und Kalksburg, die keine eigenen Amtsstellen hatten, eine gemeinsame Amtsstelle Rodaun-Kalksburg mit dem Sitz in Rodaun errichtet. Die Amtsstelle Liesing, die am Sitz des neu errichteten Magistratischen Bezirksamtes war, wurde aufgelassen.

Im Jänner und Februar 1947 sind in einigen Gebieten des 25. Bezirkes zahlreiche Typhusfälle aufgetreten, die die vorübergehende Schließung von Lebensmittelgeschäften notwendig machten.

Die Gesamtzahl der Geschäftsstücke des Magistratischen Bezirksamtes und der ihm angeschlossenen Amtsstellen betrug 36.799; hievon waren Geschäftsstücke des Haupteingangsbuches des Magistratischen Bezirksamtes 4.957, der zehn Amtsstellen 10.848, Straffälle 5.083, protokollierte Stücke der NS-Meldungen 4.886, Geschäftsfälle des Wohn- und Möbelreferates 514, der Schlichtungsstellen 82. Auf alle übrigen Verwaltungsgeschäfte, wie Vergnügungssteueranmeldungen, Bestätigungen nach dem Schillinggesetz, Heimatrollen-Auszüge, Kriegssachschadenakten, Jagd- und Fischereisachen, Sozialversicherungsangelegenheiten u. a. entfielen 14.929. Außerdem wurden 24.499 Lohnsteuerkarten, 53.235 Kohlenkarten und 12.507 Petroleum- und Spiritusberechtigungsscheine ausgefertigt.

Daneben bestanden in den ehemaligen Gemeinden überall die von der Ortskommandantur eingesetzten Ortsvorstehungen. Die Ortskommandantur suchte eine Zeitlang auf die Verwaltungsgeschäfte Einfluß zu nehmen, indem sie bei der Beschlagnahme von Wohnungseinrichtungen und bei der Verteilung der freigewordenen Wohnungen mitwirkte. Sie forderte Arbeitskräfte für ihre Zwecke an und intervenierte bei der Wiedereröffnung von Gewerbebetrieben.

Die Leiter der Amtsstellen des Bezirkes berichteten, daß sich die Amtsräumlichkeiten nach dem Ende der Kampfhandlungen nahezu überall in einem devastierten Zustande befanden. Tische, Schränke, Stühle, Schreibmaschinen und Büromaterial waren weggeschleppt worden und manche Amtsstellen

hatten auch durch die Beschießung gelitten. Es bedurfte längerdauernder Aufräumungsarbeiten und der Sichtung und Ordnung des noch vorhandenen Aktenmaterials, bis ein geregelter Amtsbetrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Zu den umfangreichsten Verwaltungsgeschäften der Bezirksvorstehung gehören die Arbeiten für die Lebensmittelaufbringung. Im Bezirk bestehen neben dem Bezirksaufbringungsausschuß 13 Ortsaufbringungsausschüsse. Diese weisen für 1947/48 folgende Kontingente und Ablieferungen aus:

	Kontingent 1947/48	Ablieferung	Feuerschaden	Insgesamt	In Prozenten des vorgeschriebenen Kontingents
		Menge in Kilogramm			
Roggen und Weizen	465.230	209.368	25.534	234.902	50
Gerste	167.040	78.687	10.842	89.529	54
Hafer	24.400	23.198	928	24.126	99
Mais	6.070	1.027	—	1.027	17
Erdäpfel	647.100	137.722	—	137.722	21

Für die Milchablieferung wurde im Jahre 1947 ein Kontingent von 552.936 Liter vorgeschrieben, von dem 243.706 Liter, das sind 44%, abgeliefert wurden.

Die „fliegenden Kontrollen" haben folgende Schwarzbestände an Vieh festgestellt: 22 Ferkel, 50 Jungschweine, 24 Mastschweine, 8 Zuchtschweine, 14 Stück Rindvieh (Nutzvieh) und 35 Schlachtkühe. Die „fliegenden Kontrollen" haben außerdem 22.266 kg Getreide und 34.189 kg Kartoffeln aufgebracht. Die Kriegsgefangenenfürsorgekommission entwickelte auch in diesem Bezirke eine rege Tätigkeit. Durch Sammlungen wurde ein Geldbetrag von 133.474 S zustande gebracht, von dem bis Ende 1947 48.890 S an Heimkehrer verteilt oder für Weihnachtspakete an die Kriegsgefangenen in Jugoslawien verwendet wurden. Außerdem wurden namhafte Naturalspenden aufgebracht. 424 Heimkehrer erhielten außer einer Geldunterstützung von 80 S, noch je ein Paket mit 10 Zigaretten, 1 kg Brot, 3 Fleischkonserven und eine Anweisung auf 5 Flaschen Bier. 184 Heimkehrer in Spitälern bekamen je ein Paket, enthaltend 20 Zigaretten, 1 kg Obst, 15 dkg Keks und eine Flasche Wein. 61 Heimkehrer wurden zu einem 14tägigen Erholungsaufenthalt in das Heim Ellinghof bei Kaltenleutgeben geschickt.

26. Bezirk.

Einige der zum 26. Wiener Gemeindebezirk gehörenden ehemaligen Ortsgemeinden wurden bereits am 6. April von Sowjettruppen besetzt. Die russische Ortskommandantur setzte in Klosterneuburg einen Bezirksbürgermeister, in den ehemaligen Ortsgemeinden Weidling, Weidlingbach, Kierling, Gugging, Kritzendorf und Höflein Ortsbürgermeister ein. Infolge der Sprengungen der Straßen und Brücken war zunächst eine Verbindung mit dem Magistratischen Bezirksamt für den 19./26. Bezirk, das im 19. Bezirk, Gatterburggasse 12, seinen Amtssitz hatte, nicht möglich. Im Sommer 1945 gelang es, die Verbindung mit dem Magistratischen Bezirksamt anzubahnen und dadurch den Dienstbetrieb der Amtsstelle Klosterneuburg wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

In der ehemaligen Stadtgemeinde Klosterneuburg hat sich auf Grund einer Vereinbarung der drei politischen Parteien ein aus 19 Mitgliedern bestehender provisorischer Gemeindeausschuß gebildet; ihm gehören 8 Mitglieder der

ÖVP, 7 Mitglieder der SPÖ und 4 Mitglieder der KPÖ an. Die Verwaltung in diesem Gebiet führt die Amtsstelle Klosterneuburg des Magistratischen Bezirksamtes für den 19./26. Bezirk. Für die Registrierung der Nationalsozialisten erhielt sie eine über ihre sonstige Stellung hinausgehende Befugnis, die der eines magistratischen Bezirksamtes entsprach. Sie ist in Registrierungssachen unmittelbar der zuständigen Magistratsabteilung untergeordnet. Der rechtskundige Amtsstellenleiter wurde zum Vorsitzenden der Einspruchskommission in NS-Angelegenheiten des 26. Bezirkes ernannt.

Durch die Einrichtung der Heimatrolle im 26. Bezirk Ende Oktober 1946 wurden der Amtsstelle Klosterneuburg als neue Aufgabe die Heimatrechts- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten überwiesen.

Im Mai 1947 wurde in der Amtsstelle Klosterneuburg ein Wohnungs- und Möbel-Rechtsreferat eingerichtet, das über Anträge auf Rückgabe von beschlagnahmten Wohnungen und Möbeln zu entscheiden hatte. Überdies wurde der Amtsstelle Klosterneuburg die Anforderung von Wohnungen innerhalb des 26. Bezirkes übertragen. Eine Erleichterung bei der Wahrnehmung der Rechtsinteressen im 26. Bezirk bedeutet die neu errichtete Schlichtungsstelle für Sühneversuche, mit deren Leitung der Amtsstellenleiter betraut wurde.

Eine unmittelbare Einflußnahme der Besatzungsmacht auf die Verwaltungstätigkeit der Amtsstelle fand nicht statt. Nach einer Mitteilung des Bezirksvorstehers für den 26. Bezirk veranlaßten aber einzelne Zivilpersonen Interventionen der Besatzungsbehörde. Auf diese Weise wurde einmal die Beschlagnahme von Häusern und Wohnungen, die Einweisung von Zivilpersonen in Wohnungen, ein andermal die Einsetzung von öffentlichen Verwaltern in Geschäfte verlangt. Nach Vorsprache des Bezirksvorstehers in der Stadtkommandantur Klosterneuburg wurde in den meisten Fällen den österreichischen Gesetzen entsprechend entschieden.